

- JUSOS
- GESCHICHTE
- CHINA
- CHILE
- DRUCKER

**JUGENDARBEIT
LOSIGKEIT!**

S.4 u.5

60 Pf.

16

KEINE POLITIK FÜRS KAPITAL! JETZT EIN SOZIALISTISCHES PROGRAMM!



WIE WIRD HELMUT SCHMIDT JETZT MIT DEN ERPRESSUNGSVERSUCHEN DES GROSSKAPITALS FERTIG WERDEN ?

Das Großkapital hat bei der Wahl sein erklärtes Ziel nicht erreicht: Die CDU/CSU hat die absolute Mehrheit verfehlt.

Dies ist aber für die Herren der Wirtschaft kein Grund, um den Kopf sinken zu lassen. "Wir haben eine Schlacht gewonnen, der Krieg geht weiter" - so umriß der bayrische CSU-Ministerpräsident Goppel die Haltung der Union nach der Wahl.

Die Bosse werden sich vorerst damit abfinden, daß die SPD und nicht ihre Partei, die CDU/CSU, die Regierung führt. Aber sie wissen, daß dies nicht das Ende ihrer Macht und Herrlichkeit bedeuten wird. Sie wissen, daß die FDP den SPD-Ministern schon auf die Finger gucken wird, sollten diese einmal einen Millimeter über das Ziel der FDP hinauschießen.

Die ernsthafte bürgerliche Presse hat sich bereits alle Mühe gemacht, um dem neuen Kabinett Schmidt/Genscher den Weg zu weisen. Keine Spur von Sozialismus-Hysterie, sondern eine sachliche und nüchterne Darstellung der im Interesse des Kapitals anstehenden Aufgaben.

Einen Tag vor der Wahl forderte die FAZ: "Nach der Wahl muß der Rotstift regieren"... "Die sozialen und konsumtiven Ansprüche der Bürger müssen zurückgedrängt werden, um Spielraum für eine Politik der Stabilität zu schaffen."

Schon einige Zeit vorher hatte das Blatt in einem Artikel zur Lage der Staatsfinanzen aus dem starken Ansteigen der öffentlichen Schulden und insbesondere der Neuverschuldung (1976 etwa 65 Mrd. DM) den Schluß gezogen, daß die Ausgabenkürzungen der Bundesregierung vom September 1975 viel zu gering waren. "Nach der Bundestagswahl steht jede Regierung vor der Notwendigkeit, das gesamte Gefüge unserer öffentlichen Ausgaben am Maßstab eng begrenzter Finanzierungsmöglichkeiten kritisch zu überprüfen."

Dies sind klare Worte. Sie entsprechen auch weitgehend dem, was die FDP in treuer Vertretung der Interessen des Kapitals anstrebt. Wirtschaftsminister Friderichs will ebenso wie die CDU die Löhne senken, die Ausgaben für Sozialleistungen und Bildung kürzen, die Unternehmergewinne durch steuerliche Anreize und Entlastungen

anheben. Friderichs wird schon dafür sorgen, daß der Rotstift in Bonn Politik macht.

Die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die neue Regierung antritt, sind nicht gerade günstig. Der in den letzten Monaten angelegene Aufschwung hat sich verlangsamt, obwohl in vielen Ländern die Produktionsrückgänge der schweren Rezession 1974/75 noch nicht aufgeholt sind. Die Bundesrepublik hat erst jetzt das Produktionsniveau von vor der Rezession erreicht. Da jeder vierte Arbeitsplatz in der BRD vom Export abhängt, drohen der Wirtschaft von den westlichen Handelspartnern Gefahren. Einseitige Zollschranken (etwa von Großbritannien) könnten sehr schnell um sich greifen und die Märkte der BRD untergraben.

Nach wie vor konnte die BRD wegen der Zurückhaltung der Gewerkschaften in den Lohnrunden eine hohe

Wettbewerbsfähigkeit sichern. Die Produktion wurde weitgehend ohne eine Neueinstellung von Arbeitskräften angekurbelt, die Produktionsleistung je Arbeiter stieg stark an, was die Profite weiter nach oben treiben ließ.

Aber das Großkapital, CDU/CSU und FDP wissen genau, daß sich die Arbeiter nicht auf Dauer mit sinkenden Reallöhnen abspesen lassen, nur um damit angeblich neue Arbeitsplätze zu schaffen. In Wirklichkeit wird nach wie vor hauptsächlich mit Investitionen rationalisiert, was noch mehr Arbeitsplätze einspart.

Auch daran hat das Kapital bereits gedacht. "In den kommenden Jahren sind vor allem im ökonomischen Bereich besonders schwere Aufgaben zu lösen. Dazu müssen gerade die großen gesellschaftlichen Gruppen zusammen mit den Parteien, ganz gleich welcher Färbung sie sind, zusammenarbeiten (FAZ 4.10.76).

Der DGB-Vorsitzende Vetter hat klargestellt: Die Gewerkschaften werden "keine Regierung akzeptieren - von welcher Seite auch immer -, die den Forderungen und Interessen der Arbeiterschaft nicht gerecht wird".

Friderichs hat diesen uralten Gedanken, nämlich daß sich die Gewerkschaften dem kapitalistischen "Gemeinwohl" unterordnen müssen, schon vor einiger Zeit aufgegriffen. Auch er verlangt, daß sich die Gewerkschaften ruhig verhalten müssen, um die Umverteilung in die Taschen der Unternehmer ja nicht zu stören.

Wenn - wie es zu erwarten ist - die zukünftigen Lohnrunden noch schärfer sein werden als bisher, dann wird Friderichs ganz sicher darauf drängen, daß die Gewerkschaften sich Lohnleitlinien und seiner "Stabilitätspolitik" unterzuordnen haben. Wie wird sich dann die SPD-Führung verhalten? Wird sie sich den Erfordernissen und dem Druck des Kapitals beugen? Wird der Genosse Schmidt auch bei den Maßhalteappellen mitziehen?

Wie wird sich die neue Bundesregierung verhalten?

Daß die FDP kaum eine andere Politik betreibt als die CDU, liegt klar auf der Hand. Die Fernsehdiskussion der Parteivorsitzenden vor der Wahl hat gezeigt, daß Kohl gar nicht so unrecht hat mit der Feststellung, daß die FDP mehr Gemeinsamkeiten mit der CDU als mit der SPD hat. Forts. S.2

CDU-WÖLFE IM SPD-SCHAFSPELZ

Wenn in diesen Wochen nach der Wahl in den Ortsvereinen der SPD und allen anderen Gliederungen der Partei über die Verluste der SPD diskutiert wird, dann sollte niemand vergessen, was für Leute in den eigenen Reihen das Wahlergebnis mit zu verantworten haben. "Sozialdemokraten suchen Unterstützung bei Strauß" - so lautete eine Schlagzeile auf der Titelseite der "Welt" vom September 1976.

Nähere Auskunft über die Strauß-Freunde mit sozialdemokratischem Parteibuch gibt das Blatt unter Hinweis auf einen Brief, den der stellvertretende Vorsitzende der Fritz-Erler-Gesellschaft, einer Sammelbewegung rechter Sozialdemokraten, an das Bonner Büro von Strauß gerichtet hat. "Ich schätze, daß ein gutes Drittel unserer Mitglieder nicht SPD wählen wird. Die anderen tun es, trotz Bedenken, und aus alter Anhänglichkeit."

SCHÖNE GENOSSEN SIND DAS!! CHRISTDEMOKRATISCHE WÖLFE IM SOZIALDEMOKRATISCHEN SCHAFSPELZ.

Was meint der Genosse Weber wohl mit dem Begriff "alter Anhänglichkeit"? Wenn man davon ausgeht, daß viele Mitglieder der Fritz-Erler-Gesellschaft Bürgermeister oder Stadträte sind, dann wird klarer, woran sie alle kleben: an ihren Sesseln.

Die SPD ist nach dem zweiten Weltkrieg mehr und mehr zu einem Opfer bürgerlicher Karrieristen geworden. Der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten (1965 bis 1967), Günter Müller, hatte plötzlich "Bedenken", als er nicht mehr in seinem Münchner Wahlkreis für den Bundes-

tag aufgestellt werden sollte. Wenige Monate vor der Bundestagswahl trat er aus der Partei aus, gründete die Splittergruppe "Soziale Demokraten" und landete schließlich bei der CSU. Heute sitzt er als Abgeordneter der CSU, in einem oberbayerischen Wahlkreis direkt gewählt, im Bundestag. Aus Überzeugung?

Ähnlich trieb es der ehemalige Wirtschaftsminister Karl Schiller. Nachdem er bei dem Parteitag 1971 in die Defensive gedrängt worden war und keine Unterstützung mehr in seinem Dortmunder Wahlkreis fand, trat er wenige Monate vor der Wahl 1972 aus. Diese Serie wurde auch in den Wochen und Monaten vor der Wahl fortgesetzt. In Hannover verließ

der SPD-Ratsherr Karl-Heinz Rösel die Partei, angeblich wegen starkem Einfluß linker Kräfte in der SPD. Er war nicht mehr als Kandidat für die nächsten Kommunalwahlen aufgestellt worden. Aha! "Herabsetzungen" durch den "marxistisch indoktrierten Teil der hiesigen Partei" trieben einen weiteren Bundestagsabgeordnete in Gewissensnöte. Der Rechtsanwalt Karl-Heinz Stienen, von der Krefelder SPD aufgestellt worden, unterlag bei der Nominierung zur Wahl

am 3. Oktober dem Jungsozialisten Volkmar Kretkowski. Aber die Krefelder SPD haate auch an seiner Alterssicherung gedacht: Er wurde auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion von alle Parteien im Rathaus zum Stadtdirektor in Krefeld ernannt. Noch am 27. August hatte Stienen in einem Brief an den SPD-Unterbezirk erklärt, er habe "keine

Fortsetzung S.2

Mao Tse Tung



NACH SEINEM TODE ...

CHINA WOHNIN ?

Mao-Tse Tung, Führer der größten KP der Welt, populär als Revolutionär und Held seines 800 Millionen-Volkes, starb vor einigen Wochen. Um seinen Tod trauern in mehreren Ländern - vor allem der dritten Welt - viele Linke, die das System in China für einen Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus halten.

Die große Frage ist: Was wird aus China? Wird das Regime in China fallen, wird es Unruhe geben? Und klare Antworten wissen viele nicht zu geben, denn es gibt bisher keine klare Analyse über China und seine Entwicklung. Viele wissen, daß China vor einigen Jahrzehnten rückständig war, daß eine Kulturrevolution gegeben hat, daß es kleine rote Bücher mit Mao-Sprüchen gibt, die Chinesen gleiche Kleidung tragen und daß aus diesem rückständigen Land eine Supermacht heranwächst.

Vor dem zweiten Weltkrieg gab es in China einen niedrigeren Lebensstandard als in Indien - heute ist es nicht nur umgekehrt, sondern die Inder stehen vor der Katastrophe. Wogegen man sich in China mit Schwerindustrie, Computer und Nuklearwaffen beschäftigt. Schon in den 20er Jahren erwies sich das schwache chinesische Kapital als unfähig, gegen

japanische und andere imperialistische Herrschaft anzukommen. Verflochten mit einem korrupten Feudalismus, völlig perspektiv- und hoffnungslos, hatten die Kapitalisten nur einen Ausweg - Industrie in China aufzubauen, um mit anderen Mächten konkurrieren zu können. Das bedeutete jedoch eine wachsende Arbeiterklasse, also für das magere chinesische Kapital den Teufel herbeirufen. Auch die Landfrage - wesentliche Aufgabe einer bürgerlichen Revolution - konnte die Bourgeoisie nicht lösen - Verteilung des Landes unter armen Bauern hätte den Tod ihrer einzig zuverlässigen Partner, der Großgrundbesitzer, bedeutet.

Wenn man dogmatisch nach dem Schema Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus ging - und das tat auch damals die Kommunistische Internationale und die KP Chinas - dann mußte der nächste Schritt eben Kapitalismus sein, mit Arbeiterparteien als loyale Opposition die geduldig im Wartesaal auf ihren Anruf warteten.

Doch Geschichte ist flexibler als der Geist vieler Sozialisten. Stalin befahl der KP, im Bündnis mit dem Kapital gegen den Feudalismus zu kämpfen, der bürgerliche Partner verriet letzten Endes die KP und die Arbeiterklasse und muß-

te den Respekt und die von der K P geschenkte Macht die KP fast zu vernichten.

Nur wenige Führer überlebten diese Periode - darunter Mao, der dann den langjährigen Aufbau einer Bauernarmee aus Guerillagruppen begann.

Der "lange Marsch" Mao's Roter Armee gewann immer mehr an Boden. Der Schlüssel zum Erfolg war die sofortige Aufteilung unter den Bauern in den besetzten Gebieten - dadurch wurden diese Gebiete zu Bastionen der sozialen Revolution. Doch von Enteignung war nicht die Rede. 1947 hielt Mao vor dem Zentralkomitee einen solchen Schritt für "fehlerhafte ultralinke" Politik der Jahre 1931-35. Mao schloß eine Enteignung an. Am 6. Dezember 1955 meinte Mao "die Verstaatlichung von Industrie und Handel hatten wir ursprünglich auf das Jahr 1962 angesetzt, vielleicht ziehen wir das vor". Das war ein offenes Geständnis, daß nur der Sozialismus die Kräfte der Industrie und Landwirtschaft entfesseln konnte.

Doch schließlich mußte sich Mao dem Druck der Geschichte beugen, und, nachdem die Staatsmacht 1949 in die Hände seiner "K" P Übernommen war, fing die Enteignung an. Am 6. Dezember 1955 meinte Mao "die Verstaatlichung von Industrie und Handel hatten wir ursprünglich auf das Jahr 1962 angesetzt, vielleicht ziehen wir das vor". Das war ein offenes Geständnis, daß nur der Sozialismus die Kräfte der Industrie und Landwirtschaft entfesseln konnte.

Die wirtschaftliche Basis war gesichert, um die enormen Fortschritte Chinas zu ermöglichen. Doch gleichzeitig wächst der Widerspruch des chinesischen Systems. Sie wird geplant von einer Schicht Bürokraten (auch wenn sie wesentlich ärmer sind als ihre gleichgesinnten in dem Ostblock), die zwar sich auf die sozialistische Planwirtschaft stützen, aber keine demokratische Arbeiterkontrolle zulassen. Dazu sagt Mao selbst, in seinen Schlussworten auf der obersten Staatskonferenz über "Widersprüche im Volke kleine Demokratie und Sicherheit" "...Wollten wir die große Demokratie einführen, da gäbe es unter uns Anwesenden hier doch ziemlich viele Leute, die das nicht ertragen würden, stimmt nicht?" Die sogenannte "Kulturrevolution" 1967 beseitigte einige der schlimmsten Aus-

wüchse der Bürokratie und ließ die Anderen spüren, was für eine Kraft - wenn auch durch Mao geschickt gesteuert - in den Massen steckt.

Aber diese Massen, die hunderte von Millionen Arbeitern und Bauern in diesem Riesenland, sie müssen selber die Planwirtschaft bestimmen, verwalten und kontrollieren, bevor die wirtschaftlichen Widersprüche beseitigt werden können. Noch ist die Stahlproduktion ein Indiz der industriellen Entwicklung wenig höher als in Großbritannien, "dem Schwarzen Peter" der kapitalistischen AG. Noch wird in der Landwirtschaft mit Methoden aus den "Konfuzius-Zeiten" gearbeitet. Die Führung in China läßt ab und zu mal sogar geheime Konkresse abhalten und die Regierungspolitik billigen. Sie steuert dazu einen Kurs der totalen Autonomie, verbunden mit "Nichteinmischung", läßt aber im selben Atemzug Reaktionen wie Strauß und Nixon als "Freunde Chinas" empfangen. NATO, EG, Westpakistan gegen Bangla Desh, der Mörder einer Million indonesischer KP-Mitglieder, Sukarno sind nur einige der Vereine und Persönlichkeiten, die als Ausdruck der chinesischen Außenpolitik Unterstützung vom "sozialistischen" Staat China fanden.

Trotz alledem ist die Führung in China noch fest im Sattel. Obwohl die Arbeiterklasse von Mao aufgefordert wurde, "noch schneller, noch mehr und noch besser" zu produzieren und in den nächsten Jahren noch viel mehr opfern müssen, wird sie nur bis zu einem bestimmten Punkt sich mit einer besseren "heute" Zukunft vertragen lassen. Dann wird die chinesische Bürokratie mit ihrer reaktionären, nationalen Einstellung vor den prüfenden Augen der Millionenmassen Farbe bekennen müssen und die wahre Kraft und Fähigkeit der Arbeiter und Bauern zum Ausdruck kommen.

Auf die Fahne des proletarischen Internationalismus werden Parolen stehen, wie: Abwählbarkeit aller Funktionäre! Allen Funktionären einen Facharbeiterlohn! Kein stehendes Heer sondern Volksbewaffnung! Demokratische Arbeiterkontrolle! Zulassung aller Parteien die sich auf die Grundlage der Planwirtschaft stützen. Greg Powell

50 000 Tote, 100 000 Gefangene, Tausende gefoltert, hungernde Kinder, Armut. Dies ist die Bilanz der über dreijährigen chilenischen Militärdiktatur unter General Pinochet, nachdem die Generäle in Chile am 11. September 1973 die Regierung der Unidad Popular unter Allende gestürzt hatten. Der Putsch war vom Großkapital im In- und Ausland angezettelt und von den bürgerlichen Oppositionsparteien wie z.B. den Christdemokraten begrüßt worden. Selbst deutsche CDU-Politiker reagierten mit Genugtuung.

Armut

Seit dem 11. September 1973 wird die chilenische Arbeiterbewegung gnadenlos unterdrückt. Der Gewerkschaftsbund wurde verboten. Zwei Drittel aller Vertrauensleute und die Hälfte der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre verloren ihre Arbeit. 1000 Hochschullehrer bekamen ebenfalls Berufsverbote.

Der chilenische Geheimdienst DINA (dem Staatspräsidenten direkt unterstellt) wendet gegen die politischen Gefangenen die brutalsten Methoden an: Elektroschocks, Genitalien werden geschlagen, Frauen werden von dressierten Hunden mißhandelt, Leute werden gezwungen, ihren eigenen Kot zu essen.

Unter Präsident Allende lag die Arbeitslosigkeit in der Aufschwungsphase 1973 bei 3 Prozent, 1974 war sie bereits auf 9,4 Prozent angewachsen, 1975 auf 16,5 Prozent, und 1976 liegt sie bei 19 Prozent. Dies sind amtliche Zahlen, die die Wahrheit noch untertreiben! Dazu kommen noch weitere 10 Prozent, die im Rahmen eines Regierungsprojektes Straßen bauen. Der Monatslohn reicht gerade für eine Mahlzeit in einem Restaurant aus.

Die Inflationsrate lag 1975 bei 600 Prozent, 1976 "nur" bei 300 Prozent. Chile hatte 1973 den vierthöchsten Lebensstandard Lateinamerikas, ist inzwischen aber auf das Niveau des rückständigen Agrarstaates Paraguay gesunken.

600 ehemals staatliche Betriebe wurden wieder privatisiert. Heute saugt das Finanzkapital die ganze Wirtschaft aus. Selbst die Mittelschichten und kleinen Geschäftsleute sind davon betroffen. Die Militärjunta, ein Regime des Finanzkapitals, hat so gut wie keine Basis unter der Bevölkerung. Pinochet versuchte es, dem spanischen Diktator Franco nachzumachen und eine Massenbewegung zu gründen, scheiterte damit jedoch kläglich. Das Regime ist völlig instabil. Nur nackter Terror und die Hilfe der imperialistischen Länder halten es am Leben. Tausende mußten ins Ausland flüchten. Der Widerstand in Chile brennt momentan nur auf kleiner Flamme. Aber es ist sicher, daß die chilenische Arbeiterklasse in wenigen Jahren wieder neue Kraft schöpfen wird.

Die Partei von Allende, die Sozialistische Partei, existiert hauptsächlich im europäischen Exil, ist aber in verschiedenen Fraktionen und Tendenzen gesplittet. Die Kommunistische Partei dagegen ist viel straffer und bürokratischer organisiert und deswegen als Apparat noch relativ intakt.

Arbeiterparteien

Aber aus der Erfahrung der Regierung Allende, aus dem Schrecken der Putsch haben diese Herren rein gar nichts gelernt. Ihre Perspektive ist jetzt eine "antifaschistische Front" mit allen Anti-Pinochet-Parteien einschließlich Christdemokraten. Sie versuchen, dieselben Christdemokraten zu umklammern, die noch 1973 den Putsch unterstützten und erst dann das Regime kritisierten, als die selbst verboten wurden und ihr Führer Frei seine Hoffnungen aufgeben mußte, Mitglied der neuen Regierung zu werden. Die Presse der DDR und der DKP berichteten vor einigen Monaten kritiklos, daß Frei in einer Broschüre Kritik am Regime geübt hatte - als ob er jetzt plötzlich zu einem aufrechten Demokraten geläutert sei. In der Tat verstanden die Führer der chilenischen Arbeiterparteien von sozialistischer Politik weit weniger als der junge Willy Brandt, der 1932 mit der Parole "Republik das ist nicht viel - Sozialismus ist das Ziel" durch die Straßen von Lübeck marschierte.

Die Regierung Allende setzte sich aus der SP, der KP und verschiedenen kleineren liberalen Splitterparteien zusammen. Sie war somit das klassische Muster einer Volksfront, einer Koalition aus Arbeiter- und bürgerlichen Parteien. Sie konnte ihren Stimmenanteil von 36 Prozent auf 44 Prozent wenige Monate vor dem Putsch erhöhen. Bei den Kommunalwahlen 1971 stimmte sogar die Hälfte der Wähler für die Kandidaten der Unidad Popular. Die Regierung hatte die Industrie- und Landarbeiter hinter sich, die sich von ihr sozialistische Maßnahmen zur Abschaffung des Kapitalismus erwarteten. Viele Linke feierten den "demokratischen Weg zum Sozialismus".

WAS ABER TATEN DIE ARBEITERFÜHRER WIRKLICH ?

WESHALB MUSSTE DIESER "DEMOKRATISCHE WEG" SO KATASTROPHAL ENDEN ?

Zweifellos wurden unter Allendes Regierung große Reformen durchgeführt, die den Lebensstandard der breiten Masse verbesserten, doch es war klar, daß diese Reformen erst durch eine Übernahme der Wirtschaft in Staatseigentum unter demokratischer Kontrolle gesichert werden konnten. Das Kapital erkannte die von der starken Arbeiterbewegung ausgehende (existenzbedrohende) Gefahr und bereitete sich auf einen entscheidenden Schlag vor. Kapitalflucht und Wirtschaftssabotage waren die ersten Maßnahmen.

Aber die Antwort Allendes auf die Sa-

CHILE UND DIE LEHREN

Armee

Attentate auf Allende-freundliche Armeeoffiziere von 1970-73 und nachträgliche Enthüllungen über planmäßige Vorbereitungen des Putsches zeigen, daß die herrschende Klasse von Anfang an mit ihren Generälen in der Armeeführung auf eine blutige Abrechnung mit der Arbeiterklasse hinsteuerte.

WAS ABER TATEN DIE ARBEITERFÜHRER ?

Allende und besonders der KP-Führer Corvalan wiederholten völlig blindlings ihr totales Vertrauen auf die demokratische Zuverlässigkeit und Regierungstreue der Armee. Allende glaubte, die Generäle mit Gehaltserhöhungen ködern zu können und holte sogar wenige Monate vor dem Putsch einige von ihnen in die Regierung, setzte sich also mit seinen eigenen Mördern an einen Kabinettstisch. Corvalan bezahlte seinen fatalen Irrtum mit einer un menschlichen KZ-Haft, 50 000 Kämpfer mit dem Tod.

Wenige Tage vor dem 11. September 73 fand in der Hauptstadt Santiago eine Massenkundgebung statt, bei der die Arbeiter von ihren Führern eine allgemeine Bewaffnung zur Verteidigung gegen die Reaktion forderten. Diese versprachen in Worten, Waffen auszuteilen, sobald die Reaktion auftauchen würde - sie glaubten in ihrer Naivität wohl immer noch an eine "neutrale" Armee bzw. Allende wußte damals bereits von dem Putsch, aber behielt dieses "Staatsgeheimnis" für sich.

Ein Arbeiterführer, der die Bezeichnung "Marxist" verdient, hätte die zum Teil schon bewaffneten Fabrikkomitees und die einfachen Soldaten aus den Arbeiter- und Bauernfamilien in einer Arbeitermiliz vereinigt. Denn es ist keineswegs so, daß die Armee geschlossen putschte. Nur 17 Prozent aller Soldaten waren am Putsch beteiligt, und Pinochet ließ ganze oppositionelle Regimenter ausrotten.

Was fehlte und was das schreckliche Blutvergießen verhindert hätte, das ist eine entschlossene und weitsichtige Führung, die die Kämpfe der Arbeiter und einfachen Soldaten zusammengefaßt hätte. Allende bevorzugte es, mit den Generälen zu reden und zu speisen, anstatt die Basis der Armee zu mobilisieren und zur Gründung von Soldatenkomitees aufzurufen.

NOCH NIE IN DER GESCHICHTE HAT EINE HERRSCHENDE KLASSE FREIWILLIG UND OHNE BITTEREN KAMPF IHRE MACHT ABGEGEBEN. Noch nie hat die Kapitalistenklasse sich an Gesetze und Verfassungen und eine "Neutralität" der Armee gehalten, wenn es um ihre handfesten Interessen geht. Dies ist die zentrale Lehre aus der chilenischen Tragödie.

Es ist eine vordringliche Pflicht aller Sozialisten und Marxisten, die chilenischen Ereignisse weiter und noch genauer zu studieren. Denn erst wenn die politischen Konsequenzen gezogen werden, kann verhindert werden, daß auch anderswo Tausende, Zehntausende und Hunderttausende dem Messer der Reaktion ausgeliefert werden.

POLEN - KRISE DES

Am 25. Juni dieses Jahres erreichten die Arbeiter Polens - zum zweiten Mal innerhalb von 6 Jahren - durch Streiks und Protestaktionen im ganzen Land, die Regierung zur Zurücknahme der drastischen Preiserhöhungen bei Lebensmitteln zu zwingen. Am 24. Juni hatte Ministerpräsident Jaroszewicz Preiserhöhungen von 70 Prozent bekanntgegeben. Nur 24 Stunden später verkündete er im Fernsehen die Zurückstellung dieser Maßnahmen.

»POLEN STREIKT«

In ganz Polen kam es zu Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen, wie die offizielle polnische Presse selbst berichtete. Arbeiter eines Traktorenwerkes in Ursus bei Warschau hielten den zwischen Paris und Warschau verkehrenden Schnellzug an, entfernten die Schienen und blockierten stundenlang die an der Fabrik vorbeiführende Eisenbahnlinie, die Warschau mit dem Westen verbindet. In der Stadt Radom, 100 km südlich von Warschau, entwickelten sich Demonstrationen "zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen nach amtlichen Angaben zwei Demonstranten getötet und 75 Polizeibeamte verletzt wurden. Das örtliche Parteibüro wurde von den Demonstranten in Brand gesteckt, die auch Barrikaden errichteten" (FAZ 20.7.76).

Ein Führer der Arbeiter in Ursus sagte: "Ganz Polen streikt heute. Die Werktätigen der Zeran-Autofabrik streiken und die Leute in den Werften an der Küste streiken auch" (Stuttgarter Ztg. 26.6.) Selbst in den polnischen Zeitungskommentaren wurde am 28. Juni bestätigt, daß Streiks stattgefunden hatten. So schrieb "Zycie Warszawy", daß in "wenigen Fällen" der Verlauf der Diskussion über die Preis erhöhungen mit einem "zeitweiligen Verlassen des Arbeitsplatzes" verbunden gewesen sei.

In den darauffolgenden Tagen versuchte die Regierung, den Eindruck zu verbreiten, daß die Aufstände das Werk einer kleinen Minderheit von kriminellen Elementen waren. So behauptete der Bürgermeister von Radom, Karwicki, daß sich dem Protestmarsch der Arbeiter "parasitäre, rowdyhafte und kriminelle Elemente und hysterische Frauen" angeschlossen hätten. Sie hätten Arbeiter in mehreren Fabriken "terrorisiert". Die Regierung organisierte auch um ganzen Lande "Massenversammlungen", die angeblich zeigen sollten, daß die übergroße Mehrheit hinter dem Programm in seinen Grundzügen stand. Die Ausschreitungen wurden als Aktionen weniger Rowdies verurteilt, mit denen die Arbeiterklasse nichts zu tun gehabt habe.

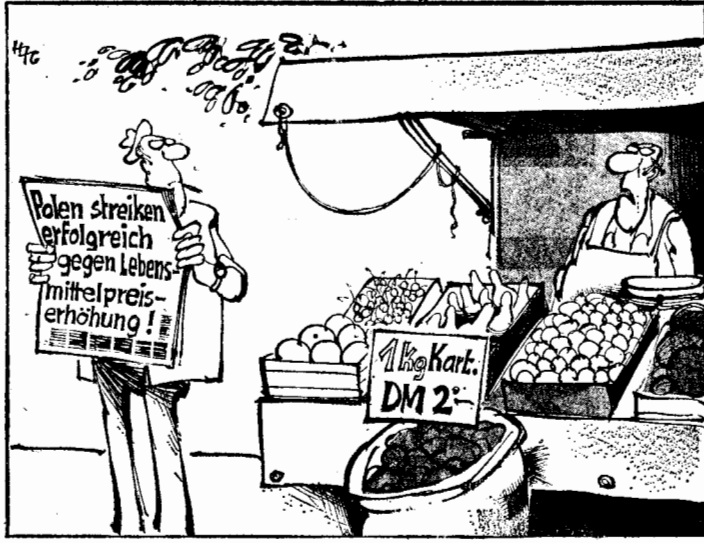
Hier stellt sich dann aber die Frage, warum die Regierung sich gezwungen fühlte, die Preiserhöhungen zurückzunehmen, wenn die Protestaktionen von einer kleinen, verbrecherischen Minderheit verursacht wurden, und wie es dazu kam, daß - wie Karwicki selbst berichtete - diese kleine Minderheit 24 Personenwagen, Lastautos, Traktoren und Busse in Brand steckte, Feuerwehrfahrzeuge beschädigte, Sachschaden in Höhe von 77 Millionen Zloty (8,65 Millionen Mark) verursachen und Waren im Wert von 30 Millionen Zloty (etwa 3,5 Millionen Mark) stehlen konnte, ohne daß die "große Mehrheit", die mit den "Vorschlägen" der Regierung angeblich einverstanden war, dies verhindern konnte?

In der Tat aber ist der Sieg der polnischen Arbeiter ein Maßstab für ihre Stärke und für die Schwäche der stalinistischen Bürokratie, die über sie herrscht. Dreimal seit 1945, und zwar 1956, 1970/71 und 1976 haben die Arbeiter Polens gezeigt, daß sie vor der Führung, die in ihrem Namen zu regieren vorgibt, nicht zurückweichen.

POLENS GESCHICHTE

Die Geschichte Polens seit 1945 ist gekennzeichnet durch ständige politische und wirtschaftliche Krisen, trotz der verstaatlichten und geplanten Industrie. Jeder Sozialist muß das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln verteidigen, das eine höhere geschichtliche Stufe als das kapitalistische System mit seinen immer wiederkehrenden Produktions- und Profitkrisen darstellt. Eine verstaatlichte Wirtschaft ist aber lediglich die ökonomische Bedingung für den Übergang zum Sozialismus - nicht der Sozialismus selbst. Der Aufbau des Sozialismus bedarf auch politischer Voraussetzungen: die demokratische Verwaltung und Kontrolle der Industrie und des Staates durch die Arbeiterklasse selbst; Freiheit für alle politischen Parteien und Tendenzen, die das Staatseigentum an Produktionsmitteln akzeptieren; Internationalismus der proletarischen Führung, die nach dem Sieg des Proletariats auf die endgültige Abschaffung der ökonomischen und politischen Schranken des Nationalstaates hinarbeitet.

Unter der Führung von Lenin und Trotzki bestanden sogar in den dunkelsten Tagen des Bürgerkriegs in Rußland, als die Existenz der jungen Sowjetrepublik von 22 einmarschierenden Armeen der imperialistischen Großmächte bedroht war, alle diese Bedingungen. Für sie war die



„Können Sie ihre dämliche Zeitung nicht woanders lesen?“

Revolution in Rußland bloß der Auftakt für die international ausbrechende sozialistische Umwälzung. Für sie war es auch selbstverständlich, daß der Sozialismus niemals in einem, dazu noch so rückständigen Land wie Rußland aufgebaut werden kann. Der Kapitalismus hatte den Welt-

SOZIALISMUS IN EINEM LAND ?

Wegen der langen Isolation der Sowjetunion durch die Niederlagen der Arbeiterbewegung in Deutschland und anderen Ländern und wegen der Rückständigkeit Rußlands war die Bürokratie - Überrest des zaristischen Staates, ohne den der junge Arbeiterstaat nicht funktionieren konnte - imstande, sich allmählich als privilegierte Schicht zu behaupten. Stalin als Vertreter der Bürokratie verkündete 1924 nach dem Tode Lenins seine Theorie vom "Sozialismus in einem Lande", wonach es durchaus möglich sei, den Sozialismus in Rußland allein auf der Basis der ökonomischen Selbstständigkeit aufzubauen. Gerade die Geschichte Polens seit dem Krieg zeigt jedoch ganz deutlich, wie falsch diese Theorie ist.

Als Vertreter der Bürokratie in Rußland kämpfte Stalin auch auf internationaler Ebene für die nationalen Interessen dieser Schicht. Schon 1944 hatten Stalin und Churchill Europa unter sich in Einflußbereiche aufgeteilt. Nachdem die Rote Armee ganz Osteuropa besetzt hatte, kann-

Auf diese Weise wurden die Arbeiter dieser Länder gezwungen, für die Verbrechen ihrer ehemaligen kapitalistischen und imperialistischen Unterdrücker zum zweiten Male zu bezahlen.

Die Kommunistische Partei war in Polen keineswegs stark. Die wichtigste Partei der Arbeiter war die Sozialistische Partei (PPS), die während der Besetzung viele Erfahrungen im Untergrund gewinnen konnte. Nach dem Krieg unterstützte daher die Mehrheit der Industriearbeiter diese Partei. Bei dem Kongreß des polnischen Gewerkschaftsverbands im November 1945 bekam die PPS sogar die Unterstützung von zwei Dritteln der Delegierten.

Um diese Partei unter die Herrschaft der Stalinisten zu bringen, wurde im September 1944 ein nicht repräsentativer Kongreß in Lublin einberufen, zu einem Zeitpunkt, als der größte Teil Polens noch unter deutscher Herrschaft war. Hier wurde der PPS eine neue Führung aufgezwungen. Als dann die eigentlichen Führer der Partei aus dem Untergrund und dem Gefängnis herauskamen, wurden sie von der Polizei und den russischen Sicherheitskräften verhaftet. Die neue "offizielle" Führung versuchte dann, eine Vereinigung der Partei mit der kommunistischen Partei zu vollziehen. Der Parteikongreß im Dezember 1947 lehnte die Vereinigung jedoch ab. Drei Monate später aber erklärte Cyrankiewicz, ein Mitglied der Führung, daß die Vereinigung trotzdem durchgeführt werden müsse. Dabei wurden 82 000 Mitglieder ausgeschlossen. Auf diese Weise errichteten die Stalinisten in Polen wie in den anderen Ländern Osteuropas eine totalitäre Diktatur. Dies schloß jede Form von Arbeiterdemokratie aus.

Im Juni 1948 zeigten sich die ersten Risse im stalinistischen Lager. Der Bruch zwischen Tito und Stalin hatte überall in Osteuropa eine Reihe von Verfolgungen und Säuberungsaktionen zur Folge. In Polen wurden u.a. Gomulka, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, und der stellvertretende Ministerpräsident verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Zwischen September und Dezember 1948 wurden 30 000 Mitglieder aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

In der darauf folgenden Periode wurde die Schwerindustrie in Osteuropa auf Kosten des Lebensstandards entwickelt: Zwi-

AUCH DIE KAPITALISTEN IM WESTEN HABEN AUF IHRE WEISE ANGST VOR DEN AUSWIRKUNGEN VON ERSCHÜTTERUNGEN IM OSTBLOCK. HIER EINE KARIKATUR AUS DER MÜNCHNER "TZ" VOM 28. JUNI 1976.

markt geschaffen und die internationale Arbeitsteilung: nur wenn das Proletariat mehrerer fortgeschrittener Länder den Sozialismus erfolgreich erkämpft hatte, würde es möglich sein, ein System zu schaffen, das auf einem höheren Niveau steht als der Kapitalismus.

ten die kommunistischen Parteien dieser Staaten, die unter der strengen Führung Moskaus standen, an die Macht gelangen - allerdings weniger durch die Unterstützung der Massen als vielmehr durch die Strategie des Staatsstreichs und des Polizeiterrors.

Wegen der Rückständigkeit Polens blieb die einheimische Bourgeoisie schwach; durch die Zerstörung der polnischen Industrie im Zweiten Weltkrieg wurde sie noch schwächer. Die Rote Armee kam angeblich als Armee der Befreiung. Doch nach dem Krieg wurden 45 Prozent des polnischen Gebietes von Rußland annektiert. Als "Entschädigung" erhielt Polen große Gebiete des deutschen Reiches, einschließlich der kohlereichen Gebiete Schlesiens und eines Teiles von Ostpreußen. Zur gleichen Zeit aber wurden 25-30 Prozent der Industrie des annektierten deutschen Gebiets nach Rußland geschleppt. Diese Politik der "Reparationen" erfolgte in allen osteuropäischen Ländern, die sich im Machtbereich Rußlands befanden.

ZWANGS - VEREINIGUNG

schen 1949 und 1953 betrug das Wachstum der industriellen Produktion in Polen 158 Prozent, in der gleichen Zeit fiel der Lebensstandard jedoch.

Trotz der Ausrottung all jener Elemente, die des Strebens nach Unabhängigkeit von Moskau verdächtigt wurden, löste der Tod Stalins überall in den osteuropäischen Ländern Spaltungen in der Bürokratie aus. So im Juni 1953, als der Aufstand der Arbeiter Ostberlins und anderer Großstädte der DDR stattfand. Dieser Aufstand begann als Protest einiger hundert Bauarbeiter gegen erhöhte Produktionsnormen, die von einem Flügel der Bürokratie angekündigt und von einem anderen abgelehnt wurden.

1954 begann in Polen eine Periode der Liberalisierung. Der Parteiführer Bierut führte in der Staatssicherheitspolizei eine Säuberungsaktion durch, und während der nächsten 18 Monate wurden viele inhaftierte Parteimitglieder freigelassen. Die Pressezensur wurde ebenfalls geringfügig gelockert. Eine Folge dieser "Liberalisierung" war wachsende Unruhe und Kritik, zunächst unter den Intellektuellen, Schriftstellern und Journalisten. Nach dem XX. Kongreß der KPdSU, wo am 24. Februar 1956 Nikita Chruschtschow die Politik und Terrormethoden Stalins - allerdings in einer Geheimsitzung - denunzierte, wuchsen die Tropfen der Kritik zu einer Flut an.

Parallel zur Spaltung in der herrschenden Bürokratie zwischen der alten Garde des Staatsapparats und denen, die durch Reformen von oben eine Explosion von unten zu vermeiden hofften, entwickelte sich die Unzufriedenheit auch unter den Arbeitern. Streiks und Demonstrationen fanden statt.

AUFSTAND 1956

Dann, am 28. Juni 1956, setzten sich die Arbeiter von Poznan in Bewegung. Aus der Forderung einer Gruppe Arbeiter nach besseren Arbeitsbedingungen wurde ein Streik, dem sich Zehntausende anderer Arbeiter anschlossen, so daß sich die Bewegung zu einem allgemeinen Aufstand entwickelte. Gefangene wurden aus den Gefängnissen befreit, Waffen beschlagnahmt. Eine

Versammlung von einem Drittel der Einwohner Poznans fand vor dem Rathaus statt. Mit Steinen, Benzinbomben und Gewehren kämpften die Aufständischen gegen die Sicherheitskräfte. Trotz des heldenhaften Widerstands der Arbeiter jedoch wurde der Aufstand bis zum Abend blutig niedergeworfen.

Die Bewegung der polnischen Arbeiter war aber keineswegs zu Ende. In Gdynia, Gdansk und Schlesien fanden weitere Streiks statt.

Die Regierung mußte daher andere Mittel finden, um die Bewegung zu zügeln. Die Führung kündigte ein neues Wirtschaftsprogramm an, das höhere Produktion von Lebensmitteln und Konsumgütern versprach.

GOMULKA

Gleichzeitig nahmen sie Kontakt zu Gomulka, dessen frühere Inhaftierung jetzt zum Vorteil wurde bezüglich seiner Wiederberufung in die Regierung, auf. Sie hofften, seine Popularität ausnutzen zu können, um die Bewegung der Massen in Schranken zu halten.

Gegen die Opposition der alten Garde, die sogenannte Natolin-Gruppe - unterstützt von der russischen Führung - wurde Gomulka im Oktober Sekretär der Partei. Polnische und russische Truppen setzten sich in Richtung Warschau in Bewegung, russische Kriegsschiffe erschienen an der Küste. Um sich zu verteidigen, verteilte die Regierung Waffen an die Fabriken und Parteikomitees. Als die russische Führung zu Verhandlungen nach Warschau flog, drohte Gomulka mit dem Volksaufstand. Die russische Führung gab nach und zog die Truppen zurück.

Warum mußte in Polen 1956 die russische Führung nachgeben, während sie in Ungarn einmarschieren konnte? Die Antwort ist im Charakter des Gomulka-Regimes und in der Begrenztheit der polnischen Arbeiterbewegung zu finden. In Ungarn bildeten die Arbeiter in Budapest und anderswo Arbeiterräte, die die Basis einer echten Arbeiterdemokratie gewesen wären und keine privilegierte, parasitäre Bürokratie länger geduldet hätte. In Polen dagegen erreichte die Regierung, die Bewegung zu unterdrücken, bevor die Arbeiter Organe einer Arbeiterdemokratie bilden konnten. Eine Arbeiterdemokratie in Ungarn hätte zweifellos auch an die Arbeiter Rußlands appelliert, die tyrannische Herrschaft der Bürokratie abzuschütteln. Gomulka dagegen vertrat keineswegs die Interessen der Arbeiter, sondern die eines Teils der polnischen Bürokratie, die in ihrem eigenen Interesse Unabhängigkeit von Moskau wollte, um ihren eigenen "polnischen Weg" zum Sozialismus zu gehen.

Daß dies der Fall war, zeigten die nachfolgenden Entwicklungen. Die polnischen Massen betrachteten diese Ereignisse als einen großen Sieg. Die Begeisterung löste in der Bevölkerung weitere selbständige Aktionen aus:

An der Warschauer Technischen Hochschule fand ein großes ununterbrochenes dreitägiges Treffen statt; am Montag, 22. Oktober gab es in Warschau Ausschreitungen, am folgenden Tag Demonstrationen in Gdansk. In Warschau streikten die Arbeiter des riesigen "Zeran" Motorbetriebs. In dieser Situation bestand für die russische Führung die einzige Lösung darin, Gomulka anzuerkennen. Am 23. Oktober - am Tag des Ausbruchs der Revolution in Ungarn - wurde daher Gomulkas Herrschaft über Polen garantiert. Am folgenden Tag erzählte er bei einer Kundgebung vor 250 000 Menschen, daß die Russen mit der neuen Führung und ihrer Politik einverstanden seien. Den polnischen Massen mußte es erscheinen, als habe Gomulka endgültig den Stalinismus niedergeworfen und ausgerottet.

In der Tat stellte sich jetzt für Gomulka das Problem, wie er die Bewegung in Schranken halten sollte, die er selbst geschaffen hatte. In den nächsten zwei Jahren versuchte er unter Vermeidung eines sofortigen und direkten Konfliktes, die Kontrolle der Bürokratie über die Arbeiter wiederherzustellen. Die "Arbeiterräte", die die Bürokratie selbst im Oktober als Stütze gegen Moskau und den "Natolin"-Flügel der Bürokratie teilweise geschaffen und gefördert hatte, wurden allmählich in machtlose Zustimmungsgremien verwandelt. Im April 1958 wurden sie der Kontrolle der Partei und der "Gewerkschaften" unterworfen. Im Februar 1958 erging ein erneutes Streikverbot. Schon im Oktober 1957 wurde die Veröffentlichung der radikalen Zeitschrift "Po Prostu" verboten, deren intellektuelle Schriftsteller und Anhänger die Forderungen der Arbeiter nach der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und der Abschaffung der Privilegien der Bürokratie unterstützt hatten. Auf dieser Weise erdrosselte Gomulka jegliche Elemente der Arbeiterdemokratie, die in der Periode der Liberalisierung entstanden waren.

STALINISMUS

Die neue Führung war aber keineswegs fähiger als die alte, die wirtschaftlichen und politischen Probleme Polens zu lösen. Ohne die direkte demokratische Beteiligung der Arbeiter an allen Entscheidungsprozessen können in einer verstaatlichten und geplanten Wirtschaft nur bürokratische Unwirksamkeit und Korruption herrschen. Das Resultat kann nur die ständige Wiederkehr der wohlbekannten Schwierigkeiten und Krisen dieser degenerierten Arbeiterstaaten sein: niedrige Arbeitsproduktivität, Mangel an Konsumgütern und Ersatzteilen für die Industrie, und die ständigen Zickzack zwischen der zentralistischen Planung der Wirtschaft (und Entwicklung der Schwerindustrie auf Kosten des Lebensstandards) im Interesse eines Teils der Bürokratie und der Dezentralisierung im Interesse eines anderen.

Während der 60er Jahre wurde die Schwerindustrie wieder auf Kosten des Lebensstandards der Arbeiter entwickelt. Die aufkommende Opposition wurde schnell von der Bürokratie unterdrückt. Ein Jahrzehnt nach der Machtübernahme Gomułkas blieben keine Illusionen über den Charakter der Regierung mehr übrig. Die ersten Anzeichen der Prozesse, die sich im Bewußtsein der Massen vollzogen, waren 1968 nicht mehr zu übersehen. Wie auch in den kapitalistischen Ländern manifestierten sich diese Prozesse zunächst in der Unzufriedenheit und den Protesten der Studenten. Im März 1968 fand in Warschau eine Demonstration von 4 000 Studenten statt. Im Laufe der folgenden Woche schlossen sich überall in Polen Studenten Demonstrationen an, so



Der Aufstand 1970/71 brachte Gomułka zu Fall. Sein Nachfolger Gierek könnte vor dem gleichen Schicksal stehen. LINKS: Gierek RECHTS: Panzer gegen Arbeiter 1970.

in Lodz, in Wroclaw, in Katowice. Die Regierung reagierte mit brutalster Gewalt und es gelang ihr, die Demonstrationen zu unterdrücken: Die Miliz griff die Studenten in den Straßen an, 1 200 wurden verhaftet. Gleichzeitig führte die Regierung eine Kampagne gegen die 25 000 Juden im Lande. In einem Flugblatt der Partei wurde zB behauptet, daß früher führende Stalinisten Juden gewesen seien! Im Sommer 1968 wurde dann ungefähr die Hälfte der jüdischen Bevölkerung ins Exil gehetzt. In den nächsten 18 Monaten wurde Polen neben der UdSSR selbst das unfreieste Land im Ostblock. Diese neue Unterdrückung war ein neues Kennzeichen für die Tiefe der Krise, in der die Regierung steckte. Gomułka, der "Held" vom Oktober 1956, hatte durch seine Aktionen gezeigt, daß es zwischen ihm und den anderen totalitären Führern der stalinistischen Ländern keinen Unterschied gab. Als sich die Arbeiter Polens Ende 1970 in Bewegung setzten, kam die schwache soziale Basis der Regierung entgültig zum Vorschein. Die 60er Jahre in Polen waren gekennzeichnet durch wirtschaftliche Stagnation. Ohne demokratische Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Industrie und des Staates, ohne allmähliche und systematische Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse besteht einfach kein Anreiz für die Arbeiterklasse, mehr zu produzieren und ihre Produktivitätsleistung zu erhöhen. Außerdem sieht der Arbeiter in der einseitigen Entwicklung der Schwerindustrie und dem Vernachlässigen der Konsumgüterindustrie keinen Gewinn für sich selbst - in dessen Namen dies alles angeblich stattfindet!

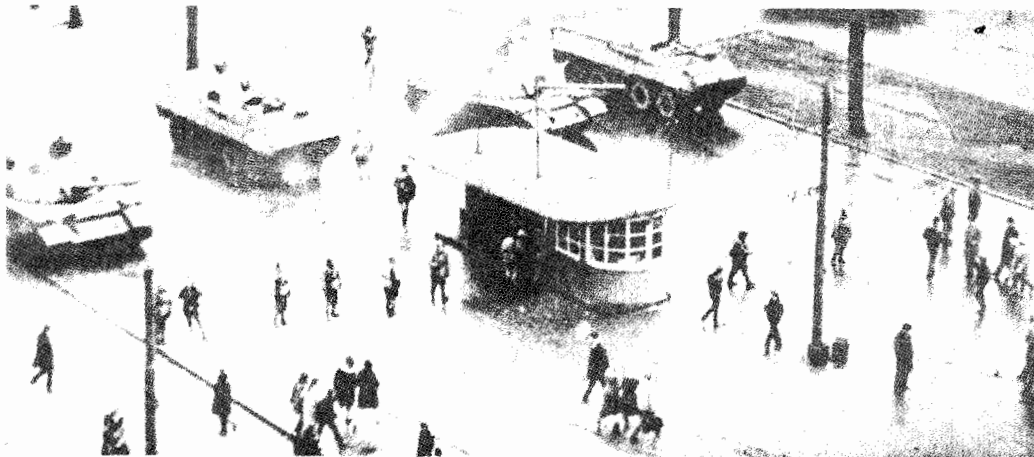
1970 / 71

Nachdem Gomułka die Bewegung der Massen nach 1956 entgültig erdrosselt hatte, entpuppte er sich als einer der konservativsten Vertreter der Bürokratie. Mit der wirtschaftlichen Stagnation stellte sich die Frage, wie die weitere Entwicklung der Industrie aussehen sollte. Auf der einen Seite bestand die Notwendigkeit, mehr Investitionsgüter zu importieren, auf der anderen mehr Nahrungsmittel zu exportieren, um diese Güter zu bezahlen. Wegen der niedrigen Produktivität der polnischen Landwirtschaft war es jedoch unmöglich für die Bürokratie, innerhalb kurzer Zeit die Pro-

duktion der Bauern erheblich oder überhaupt zu steigern. Um mehr Nahrungsmittel für den Export freizustellen, kündigte die Regierung am Samstag, 12. Dezember 1970 durchschnittliche Preissteigerungen der Nahrungsmittel von 20 Prozent an.

Diese Nachricht löste die größte Bewegung der polnischen Arbeiter seit 1956 aus. In den Hafenstädten Gdansk, Gdynia, Zoppot und Stettin an der Ostseeküste traten die Arbeiter in den Streik. Sie wählten Komitees, bewaffneten sich und organisierten Demonstrationen. Sie marschierten nicht mit der Parole einer Rückkehr zum Kapitalismus, sondern mit roten Fahnen und der "Internationale" auf den Lippen. Trotzdem wurde die Polizei eingesetzt. In blutigen Kämpfen wurden Hunderte getötet. Bis zum folgenden Wochenende hatten sich die Arbeiter anderer Industriestädte Polens mit den Aufständischen solidarisiert. Der gleiche Prozeß, der 1956 Gomułka an die Macht gebracht hatte, richtete sich jetzt gegen ihn.

In dieser Situation blieb der Bürokratie nichts anderes übrig, als Gomułka zu opfern. Am Sonntagabend kündigte Edward Gierek, ein Vertreter der Technokraten, an, daß Gomułka seiner Regierungsämter enthoben worden sei, und daß er, Gierek, fortan das Land regieren würde. Die "Fehler" der letzten Jahre seien einfach als die Schuld Gomułkas zu erklären! Obwohl Gierek von einem Preisstopp für die nächsten zwei Jahre und von gewissen ökonomischen Reformen sprach, war er nicht zur Rücknahme der ursprünglichen Preiserhöhungen bereit. Auch nach der Beendigung des Streiks in Gdansk fanden in den



ersten drei Wochen immer wieder Streiks statt. Die beteiligten Arbeiter brachten überall die gleichen Forderungen: freie und unabhängige Gewerkschaften, Abschaffung der neuen Normen der Produktion, Pressefreiheit.

Am 22 Januar 1971 flog Gierek nach Stettin, wo Zehntausende von Werftarbeitern in den Streik getreten waren und sprach stundenlang mit 500 Delegierten der Arbeiter. Gierek erklärte, daß alles die Schuld Gomułkas sei, und daß es möglich sei, die Preiserhöhungen rückgängig zu machen. Die Delegierten legten zuvor ihre Forderungen dar, entschieden sich aber dafür, den Streik zu beenden. Einen Monat später jedoch zwang der Streik der Textilarbeiterinnen in Lodz die Regierung entgültig zur Rücknahme der Preiserhöhungen und zum Versprechen, die Preise für die nächsten 5 Jahre einzufrieren.

Gierek begann jetzt einen neuen wirtschaftlichen Kurs auf der Grundlage enormer ausländischer Kredite und dem Ansporn höherer Löhne für die Arbeiter, um die Produktivität zu steigern. Innerhalb von 5 Jahren wurden eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen und ein Viertel aller heute stehenden Fabriken gebaut. Zwischen 1971 und 1976 stiegen außerdem die Löhne um 40%. Die Landwirtschaft blieb jedoch das ständige Problem der polnischen Wirtschaft.

Entgegen der Idee eines "nationalen Weges zum Sozialismus" zeigt die industrielle Entwicklung Polens seit dem Krieg - und besonders der letzten 5 Jahre - daß es kein Vorwärts für die Länder Osteuropas auf der Grundlage des Nationalstaates und der wirtschaftlichen Selbstständigkeit gibt. Zur Entwicklung der Industrie ist die Einfuhr von Investitionsgütern und Technologie aus dem Westen eine absolute Notwendigkeit. Die Schulden der Ostblockstaaten im Westen sind deswegen in den letzten Jahren enorm gestiegen.

Die Schulden Polens betragen bis Ende 1975 6,4 Milliarden Dollar, 1972 waren es erst 2,5 Milliarden. 6 Milliarden davon sind allein aus der BRD. Diese neue wirtschaftliche Kursänderung, die sich das Ziel setzte, die ursprüngliche für die Zeit von 1971 bis 1975 Investitions- und Produktionsziele statt in fünf nur in vier Jahren zu erreichen, wurde ohne Rücksicht auf die Rückständigkeit und schwache Leistungsfähigkeit der polnischen Landwirtschaft durchge-

setzt. Um die notwendigen Devisen herbeizuschaffen, mit denen die Einfuhr und Kredite finanziert werden sollen, muß Polen einen beträchtlichen Teil der Nahrungsmittel importieren. Diese Ausfuhr in die kapitalistischen Länder bringt Polen 17% der Exporterlöse ein.

LANDWIRTSCHAFT

Wegen der Lohnerhöhungen der letzten Jahre ist zudem die Nachfrage der polnischen Bevölkerung besonders nach Fleisch gestiegen. Der Fleischverbrauch beträgt jetzt 70 Kilogramm pro Kopf im Vergleich zu 79 Kg in der BRD. Trotz des Fleischmangels aber werden 13% der polnischen Fleischproduktion exportiert. Das Problem der Produktivitätssteigerung der polnischen Landwirtschaft stellt sich also für die Bürokratie in aller Schärfe. Obwohl die Landwirtschaft für Polen so wichtig ist, sind ihre Bedingungen sehr rückständig geblieben. In Polen gibt es bei einer Bevölkerung von 31,7 Millionen immer noch 3,5 Millionen Einzelbauern, die 80% des landwirtschaftlich genutzten Bodens bewirtschaften. Für diese 3,5 Millionen Bauern gab es 1973 aber nur 319 000 Traktoren. Außerdem bewirtschaften 65% der Bauernhöfe weniger als fünf Hektar. 1,3 Millionen Bauernhöfe bewirtschaften 5 Hektar und mehr, besaßen aber 1973 nur 123 000 Traktoren. Denn gerade die Rückständigkeit kann man der Tatsache entnehmen, daß es in Polen 2,5 Millionen Pferde gibt. (1954 gab es in der BRD noch 1,17 Millionen Pferde) !! Unter solchen Umständen ist zu erwarten, daß die Landwirtschaft sehr unproduktiv ist. Die Landwirtschaft wurde in Polen im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern nie kollektiviert. Der Staat kauft 85% ihrer Erzeugnisse zu von ihm selbst bestimmten Preisen. Bisher waren diese Preise derart niedrig, daß sie den Bauern keinen Ansporn zu Produktivitätssteigerungen waren. Produktivität ist aber auch eine Frage der Technik und Mechanisierung. Der Staat hat in den

letzten Jahren die staatlichen Ankaufpreise zwar erhöht, aber als isolierte Maßnahme ist die kaum ein Leistungsanreiz, wenn den Bauern gleichzeitig Industriegüter (Traktoren, Futter- und Düngemittel) in zu geringen Mengen angeboten werden.

Um diese Güter den Bauern anbieten zu können, ist es allerdings an erster Stelle notwendig, sie in größeren Mengen herzustellen! Diese Entwicklung hängt aber von dem Entwicklungstempo der Industrie ab und nichts könnte die Theorie des "Sozialismus in einem Lande" besser widerlegen als die Tatsache, daß Polen dazu mehr Technik und Investitionsgüter aus dem Westen einführen muß. Außerdem müssen zur Entwicklung der Landwirtschaft Futtermittel in großen Mengen aus dem Westen eingeführt werden. Die polnische Parteizeitung "Trybuna Ludu" gestand vor kurzem: "Der vorjährige Futtermittelimport hat rund 70 Prozent der Deviseneinnahmen aus unserem Kohleexport verschlungen" !

Eine Kollektivierung ist letztlich der einzige Weg, um die Produktion der Landwirtschaft so zu steigern, daß die Bedingungen für den Sozialismus geschaffen werden können. Kollektivierung hängt aber von dem kulturellen und technischen Niveau der Bauern ab. Außerdem muß sie freiwillig durch Überzeugung und Angebot von mechanischen Mitteln und anderen Anreizen geschehen. Die Zwangs-Kollektivierung Stalins schuf in Rußland die größte Krise seit dem Bürgerkrieg. Die Bauern schlachteten einfach ihren Viehbestand ab, um der Enteignung zu entgehen. 10 Millionen Menschen starben in der darauf folgenden Hungersnot.

In der heutigen politischen Situation aber wäre in Polen eine Zwangskollektivierung durch die Bürokratie völlig ausgeschlossen. Ein solcher Schritt würde unter den bestehenden Bedingungen Unruhen unter den Bauern und einen Aufstand der Arbeiter sofort auslösen.

SACKGASSE

Die Bürokratie steht also zur Zeit vor Problemen, die sie nicht einmal vorübergehend lösen kann. Die letzten 5 Jahre unter Gierek haben keine der wirtschaftlichen Probleme Polens gelöst, sondern sie im Gegenteil noch verschärft!

Um die Nachfrage nach Fleisch und Nahrungsmitteln zu dämpfen und die Subventionen für die Produktion dieser Güter zu vermindern, wurde die Regierung gezwungen, die Preise zu erhöhen.

Die Reaktion der Arbeiter auf die Preiserhöhungen war durchaus vorzuzusehen. Nach dem Sieg von 70/71 waren sie sich ihrer Stärke und der Schwäche der Regierung bewußt. Diesmal erreichten sie einen noch größeren Sieg - sie benötigten nicht einmal 24 Stunden, um die Preiserhöhungen rückgängig zu machen! Seit Juni haben weiter hin Streiks in Polen stattgefunden. Mitte August streikten die militanten Hafenarbeiter von Gdansk und Stettin, um die Ausfuhr von Zuckerrüben zu verhindern.

Seit 1956 haben die polnischen Arbeiter eine heldenhafte Tradition des Widerstandes gegen die Bürokratie entwickelt. In Polen existiert heute effektiv eine Doppelherrschaft, wo die Bürokratie zwar noch die Staatsmacht in Händen hält, ihre Macht aber durch die Arbeiterklasse eingeschränkt ist.

Eine solche Situation kann nicht lange bestehen. Eine Entscheidung muß innerhalb kurzer Zeit getroffen werden, entweder zugunsten der Bürokratie oder der Arbeiterklasse. Die Bürokratie ist aber machtlos. Sie kann auf der einen Seite keine "demokratischen Reformen" einführen: das würde eine enorme Welle der Begeisterung auslösen, die die Positionen und Privilegien der Bürokratie bald hinwegfegen würde. Gleichzeitig ist aber eine Rückkehr zu der Repression und dem Terror der Stalin-Zeit genau so ausgeschlossen wegen der Stärke und des Bewußtseins der Arbeiterklasse, die durch die rasche industrielle Entwicklung der letzten Jahre enorm gestärkt worden ist.

DIE BÜROKRATIE KANN KEIN EINZIGES DER WIRTSCHAFTLICHEN PROBLEME POLENS LÖSEN.

Die gleichen Krisen werden immer wieder auftauchen, solange Polen nicht demokratisch von der Arbeiterklasse, sondern von einer parasitären Bürokratie regiert wird.

1956 wurde Gomułka als nationaler Held gefeiert. 1970 erklärte Gierek, alle Schwierigkeiten und Probleme seien die Schuld Gomułkas. Jetzt wird Gierek vor die gleiche Situation wie sein Vorgänger gestellt - mit dem Unterschied, daß die Probleme noch katastrophaler und die Arbeiter noch bewußter und kampfbereiter sind als je zuvor!

Eine russische Invasion wäre unwahrscheinlich. In dieser Situation würden sich die polnischen Arbeiter sofort bewaffnen und Widerstand in viel größerem Umfang leisten als selbst ihre Brüder in Ungarn 1956. Dies könnte auch ähnliche Ereignisse in anderen osteuropäischen Ländern, ja in Rußland selbst, auslösen! Der Stalinismus steckt also in einer enormen Krise.

POLITISCHE UMWÄLZUNGEN STEHEN IN POLEN AUF DER TAGESORDNUNG.

Die polnischen Arbeiter werden unausweichlich gezwungen werden, aufzustehen, und die Macht der Privilegien der Bürokratie zu beseitigen. Nur auf eine Weise wird es möglich sein, die Probleme der polnischen Wirtschaft und Gesellschaft zu lösen - nämlich durch die demokratische Kontrolle und Verwaltung des Staates und der Industrie durch die Arbeiter selbst; durch eine ständige und ehrliche Erörterung aller Probleme in der Tradition von Lenin und Trotzki und durch die Beseitigung der Politik des "nationalen Sozialismus" zugunsten eines wahren Internationalismus, d.h. die Anerkennung der Tatsache, daß die Probleme Polens nicht durch die polnische Arbeiterklasse allein gelöst werden können - wie die Erfahrung der letzten 30 Jahre gezeigt hat - sondern nur durch die Arbeiterklasse auf internationaler Ebene.

Eine politische Revolution und eine echte Arbeiterdemokratie wären ein ungeheurer Ansporn für die internationale Arbeiterklasse. Sie würde die Ideen des Sozialismus von den Greueln der Stalinisten reinigen, die es den Kapitalisten und ihren Vertretern erlaubten, Kampagnen und Hexenjagden gegen Marxisten zu führen. Eine solche politische Umwälzung würde zu den Traditionen von Lenin und Trotzki, zu den Traditionen des "Oktober" zurückkehren. Sie würde ein Ende des Elends, des Mangels und der Unterdrückung vorbereiten und den Weg für ein freies, demokratisches Weltbündnis von sozialistischen Staaten bahnen!

Karl Burkhart

Impressum

VORAN ! ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE
ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG
FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Erscheint seit Dezember 1973, ab Dezember 1976 Monatszeitung.

Redaktionsanschrift :
VORAN ! Hammesberger Str. 75
563 REMSCHEID

Kontonummer: Postscheckamt Essen,
HG Öfinger, 170 20 - 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger

JUSOS UND JUGEND-ARBEITSLOSIGKEIT

Eines der größten Probleme für die Jugend in diesem Jahrzehnt, die Jugendarbeitslosigkeit, ist nun auch von den Jungsozialisten in der SPD ernsthafter aufgegriffen worden. Im Sinne des Dortmunder Bundeskongresses vom März dieses Jahres wurde Ende August eine Fachkonferenz zur Jugendarbeitslosigkeit in Mannheim durchgeführt, über deren Ergebnis die Broschüre Nr 24 aus der Reihe "Juso-Argumente" informiert.

Wir halten es für einen großen Fortschritt, daß - wie es in VORAN schon immer gefordert worden war - die Jusos sich jetzt auch auf Bundesebene konkret mit den Problemen der arbeitenden Jugend befassen. Dies ist immerhin ein Anfang. ABER ES IST NOCH EIN WEITER UND LÄNGER WEG ZU BESCHREIBEN, BIS DIE JUNGSOZIALISTEN MIT EINEM KAMPFPROGRAMM FÜR DIE JUGENDARBEITER ZU EINEM KAMPFVERBAND DER ARBEITERJUGEND WERDEN. Nach wie vor sind die Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte in den meisten Arbeitsgemeinschaften eine Minderheit gegenüber der Zahl von Schülern, Studenten und Lehrern.

SOFORT PROGRAMM

Die Broschüre will eine Arbeitshilfe für die weitere Diskussion sein, und genau das wollen wir hiermit aufgreifen und einen Beitrag dazu liefern. Es fällt gleich zu Anfang auf, daß strikt und starr getrennt wird zwischen langfristigen Lösungsvorschlägen und einer kurzfristigen Hilfe für die Betroffenen.

Auf der einen Seite wird eine kurzfristige Linderung des Problems und seiner Auswirkungen angeboten, auf der anderen Seite eine grundsätzliche Lösung bzw. Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, aber erst in ferner Zukunft. Zwischen beiden liegt ein tiefer, bisher nicht überbrückter Graben.

Wie sehen nun die vorgeschlagenen kurzfristigen Maßnahmen aus? Das Sofortprogramm gibt darüber mehr Aufschluß.

- Die Kommunen und öffentlichen Einrichtungen sollen Perspektivpläne und Analysen ausarbeiten. Dabei sollen Gewerkschaften, Unternehmer und öffentliche Ämter mitwirken.

NUR - WAS PASSIERT, WENN DIESER DAZU ETNZUBERUFENDE AUSSCHUSS FESTSTELLT, DASS ZU WENIG AUSBILDUNGSPLÄTZE VORHANDEN SIND UND DIE UNTERNEHMER WEITERHIN BETEUERN, DASS SIE SICH LEHRSTELLEN ANGBLICH NICHT LEISTEN KÖNNEN?

Doch die Reihe der Vorschläge geht weiter.

Punkt b) fordert die Einführung des 10. Pflichtschuljahres, und dazu sind räumliche Möglichkeiten, genügend Lehrkräfte und kleine Klassen notwendig.

ALLES RECHT UND GUT. ABER WER SOLL DIE ZUSÄTZLICHEN KOSTEN TRAGEN, WIRD SICH MANCHER FRAGEN.

Die Unternehmer? - Mit Sicherheit werden sie dazu freiwillig keinen Pfennig herausrücken.

Der Staat? - Jeder Kultusbürokrat wird vorrechnen, daß dazu kein Geld mehr übrig ist, und daß ohnehin schon Tausende arbeitsloser Lehrer nicht eingestellt werden konnten. **WER SOLL DANN DAFÜR AUFKOMMEN?**

Und außerdem verzögert das 10. Schuljahr - so sehr die Idee zu begrüßen ist - das Problem nur um ein Jahr, denn es bedeutet ja nicht das Recht jedes Jugendlichen auf eine qualifizierte Ausbildung und eine entsprechende Arbeit.

Das Sofortprogramm fährt fort: Es schlägt vor, daß der öffentliche Dienst und die Verwaltung ihr Ausbildungsplatzangebot ausbauen sollen. Aber gerade der öffentliche Dienst steht doch mehr und mehr vor dem vom Finanzierungsdefizit diktierten Zwang Personalkosten einzusparen.

Punkt e) schlägt Projekte im Bereich der sozialen Infrastruktur vor - etwa Jugendzentren oder Kinderspielplätze - also "arbeits- und sozialtherapeutische Maßnahmen".

Die Jugend will jedoch nicht nur Notmaßnahmen, sondern sie will eine anspruchsvolle Ausbildung und eine gesicherte berufliche Zukunft. Es folgt noch eine weitere Liste von Anregungen. Freie Träger sollen "zielgerichtet für Aktivitäten mit arbeitslosen Jugendlichen" eingesetzt werden, und weitere konkrete dazu erforderliche Maßnahmen werden genannt. Dies setzt natürlich voraus, daß die Jugendarbeitslosigkeit noch jahrelang anhalten wird. Damit geben die Verfasser indirekt zu, daß auch die Sofortmaßnahmen das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht beseitigen können. Man kann vielleicht die schlimmsten Auswüchse mildern oder den betroffenen Jugendlichen ein Freizeitangebot vorsetzen, aber an die Wurzel des Übels gehen diese Maßnahmen noch lange nicht. Man geht dabei vielmehr davon aus, daß man im Rahmen des kapitalistischen Systems einiger seiner offensichtlichsten Erscheinungen eindämmen oder gar beseitigen könne. **IN KEINEM WORT WIRD JEDOCH GESAGT, DASS NUR DAS ENTSCLOSSENE HANDELN DER ARBEITERKLASSE ECHE VERBESSERUNGEN ERZWINGEN KANN.** Solche Widersprüche tauchen noch klarer unter den Forderungen auf, die das Sofortprogramm an den Bund stellt.

Dort heißt es unter e):

"Durch eine Arbeitsmarkt-Abgabe sollen alle selbstständigen und unselbstständigen Erwerbstätigen ihren Beitrag an die Bundesanstalt für Arbeit leisten."

ALSO SOLLEN DIE ARBEITER DAFÜR BEZAHLEN, DASS DIESES SYSTEM NICHT IN DER LAGE IST, JEDEM MENSCHEN AUSBILDUNG UND ARBEIT ZU GARANTIEREN?

WER BEZAHLT ?

Jeder soll noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Warum läßt man denn nicht die Unternehmer, die Bosse der Großkonzerne und der Großbanken allein zahlen? Ihr System ist doch Schuld an der Misere, und nicht die Millionen unselbstständiger Erwerbstätiger - die Arbeiter und Angestellten. Haben die Arbeiter nicht schon genug unter den Auswirkungen der Krise gelitten?

Ein durch Gesetz geschaffenes, anklagbares "Recht auf Arbeit" ist nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln unvereinbar mit den Grundprinzipien der "sozialen Marktwirtschaft". Mit dieser Erklärung hat das Institut als Sprachrohr der deutschen Unternehmer endlich die Katze aus dem Sack gelassen.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem und nichts anderes meint das Institut mit dem beschwingendem Begriff "Soziale Marktwirtschaft" - ist eben nicht fähig, jedem einen sicheren Arbeitsplatz zu garantieren. In diesem System werden eben immer wieder arbeitswillige Menschen auf die Straße gesetzt, liegt ein Arbeitskräftepotential brach, mit dem dringend gebrauchte Güter produziert werden könnten. Das Recht auf Arbeit "würde mit all seinen Auswirkungen gegen als unverzichtbar geltende Bestandteile des Grundgesetzes verstoßen". Ein Bestandteil des Grundgesetzes, nämlich der Artikel 15, der eine Organisation der Wirtschaft auf Grundlage von Gemeineigentum an Produktionsmitteln ausdrücklich zuläßt, wird bei dieser Stellungnahme natürlich nicht be-

Auf ein Glatteis begeben sich die Verfasser des Sofortprogramms auch, wenn sie "härtere Kriterien bei Massenentlassungen und Genehmigung von Kurzarbeitergeld" fordern - also nur eine niedrigere Schwelle als bisher 50, bei der das Landesarbeitsamt in Zukunft zu Entlassungen ja sagen soll. Etwa nach dem Motto: Entlassungen können wir ohnehin nicht verhindern - nun soll der Staat etwas schärfer sein. Jeder kluge Unternehmer wird tausend Möglichkeiten finden, um solche Vorschriften zu umgehen. Wer entlassen wird, dem ist es egal, wo die Schwelle liegt. Eine ähnliche 'Sofortmaßnahme' wird unter h) genannt: In Zukunft sollen Sonderschichten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit und Überstunden nicht nur von der Gewerbeaufsicht, sondern auch vom Arbeitsamt gebilligt werden müssen, bevor sie durchgeführt werden.

Würde eine erschwerte Genehmigung von Sonderschichten und Überstunden nicht die Kapitalisten noch mehr dazu treiben, durch Rationalisierung immer mehr Arbeitskräfte einzusparen?

So ließen sich noch unzählige Fragen eines das "Sofortprogramm" lesenden Arbeiters hinzufügen, es ließen sich bei jedem Vorschlag X Fragezeichen anbringen.

DESWEGEN MÜSSEN DIE KERNFORDERUNGEN IN JEDEM PROGRAMM SEIN:

- Einen garantierten Ausbildungsplatz für alle Schulabgänger
- Einen garantierten Arbeitsplatz für alle Auszubildenden
- Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bei vollem Lohnausgleich
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn
- Ein garantierter Mindestlohn von 1200.- netto für alle ab 18 Jahren, alle mit abgeschlossener Berufsausbildung und alle Studenten.

Es sind Forderungen, die in Teilen der Arbeiterbewegung schon aktuell sind.

Die Deutsche Postgewerkschaft fordert in ihrem Aktionsprogramm die 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust. Über Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung und Herabsetzung des Rentenalters wird in den Gewerkschaften zunehmend diskutiert. Aber es muß klar sein, daß diese Maßnahmen nicht von den Arbeitern bezahlt werden dürfen.

»Recht auf Arbeit«

A. Bankert

rücksichtigt. Das Institut kann sich also keinesfalls auf das Grundgesetz, sondern auf die durch die Realität zementierte Auslegung dieses Grundgesetzes berufen, in der das Privateigentum allerdings als unverzichtbar dargestellt wird.

Also ist das Recht auf Arbeit solange Utopie, wie der Staat den Herren Kapitalisten das Recht auf ihr Privateigentum zusichert und garantiert.

Aber mit einer Feststellung hat das Institut gewissermaßen den Nagel auf den Kopf getroffen:

Das Recht auf Arbeit würde "letztlich zu totaler Planwirtschaft führen".

Klarer hätte es das Institut nicht sagen können, was die Voraussetzung für eine Verwirklichung des Rechts auf Arbeit ist - die Planwirtschaft nämlich. Nur setzt eine gut funktionierende demokratische Planwirtschaft voraus, daß die Industrie aus den Händen der Kapitalisten entrissen wird, in Staatsbesitz kommt, gleichzeitig aber durch die Arbeiter demokratisch verwaltet und kontrolliert wird. Und dann wären das Institut mit samt seinen Auftraggebern wirklich überflüssig...

Eine "solidarische Verteilung" ohne Einkommensausgleich könnte nur heißen, die Lasten der kapitalistischen Krise "gerecht" auf alle Arbeiter zu verteilen, also sie die Suppe auslöffeln zu lassen, die ihnen die Unternehmer einzubrocken versuchen.

Wenn man das Sofortprogramm genauer durchliest, so kommt das ganze Dilemma zum Vorschein. Entweder setzt man die grundlegenden und minimalen Forderungen im Interesse der Jugendlichen und Arbeiter in der Vordergrund



und zeigt dann daran auch deutlich die Schranken des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf, oder man akzeptiert dieses System und begibt sich auf das Niveau eines aktionistischen Wohltäters herab, der die schlimmsten Auswüchse beseitigen will, mit Beschäftigungstherapie den Jugendlichen ihre erzwungene "Freizeit" etwas verschönern will. Von da bis zu einer Sonder-"Solidaritäts"-Abgabe der Arbeitenden für die Arbeitslosen ist es dann nur noch ein kurzer Weg! **SOZIALISTEN SOLLTEN NICHT AM SCHREIBTISCH MODELLE ENTWERFEN, WIE MAN MASSENENTLASSUNGEN MÖGLICHERWEISE ERSCHWEREN KÖNNTE.** Wer sich darauf einläßt, kann dabei leicht den Blick für die Perspektiven verlieren, er vergißt vor lauter Paragraphen, daß eben der Kapitalismus nie und nimmer ohne Arbeitslosigkeit und Angriffe auf den Lebensstandard der breiten Masse und besonders der Jugendlichen auskommen kann.

Echte Marxisten werden alle, wenn auch noch unzulänglichen wirklichen Reformen voll und ganz unterstützen und nicht nur passiv zusehen und kritisieren, daß der Kapitalismus immer noch besteht. Aber die Kapitalisten werden, sobald sie ihre Profite und Privilegien angegriffen sehen, immer eine Möglichkeit suchen und finden, um über den Staat, über Gesetze, Gerichtsurteile und Ähnliches die Errungenschaften der Arbeiter wieder rückgängig zu machen.

Es können sicherlich hier und da Zugeständnisse erreicht werden oder Entlassungen verhindert werden - aber nicht durch staatliche Erlasse oder neue Gesetze, sondern in erster Linie durch den solidarischen Kampf der Arbeiter selbst. Sozialisten verlassen sich nicht auf Ämter, Behörden oder Unterausschüsse, sondern nur auf die Kampfkraft der Arbeiter.

Was die Kapitalisten vielleicht mit der einen Hand zu geben gezwungen sind, das holen sie sich mit der anderen wieder zurück. Sie haben schon wiederholt gedroht, daß alle Verbesserungen für die Jugend aus den Taschen der älteren Arbeiter zu zahlen wären und umgekehrt. Und dies muß - wie es auch die Resolution auf Seite 1 der Broschüre sagt - auf jeden Fall verhindert werden.

Gerade dies unterstreicht die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu verallgemeinern und in den Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Unternehmer einzugliedern. Jeder echte Sozialist wird alle wirklichen Reformen unterstützen, nicht aber ein "Sofortprogramm", das nur isolierte Teilforderungen aneinander reiht, die entweder keine wesentliche Verbesserung mit sich bringen oder aber die Unternehmer direkt provozieren und ihren Besitzstand angreifen würden (ohne daß gesagt wird, was dann zu tun sei).

Ein Juso-Aktionsprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit hätte die Aufgabe, mit konkreten und verständlichen Forderungen (wie wir sie oben kurz andeuten) die elementaren und konkreten Probleme der Jugendlichen aufzugreifen und gleichzeitig aufzuzeigen, daß dieses System nicht einmal solche bescheidenen Forderungen erfüllen kann und deswegen durch eine neue sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ersetzt werden muß.

Hans-Gerd Öfinger

100 GROSSKONZERNE

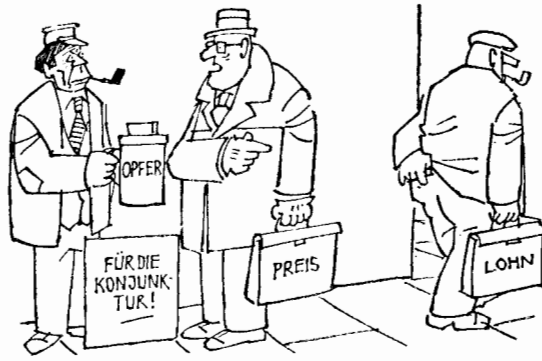
H. Thielmann

"Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht..."

MACHT

Was 1959 im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD gesagt wurde, dies gilt 17 Jahre danach noch mehr denn je. Die Unternehmenskonzentration hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen, und kürzlich hat die FAZ einen Überblick über die 100 größten Industriekonzerne gegeben. Diese Großkonzerne haben sich zu echten Schaltstellen der wirtschaftlichen und politischen Macht entwickelt, und dort - nicht in Bonn - wird wirklich über alle Bereiche unseres Lebens bestimmt und geherrscht. Die Zahl der Firmenzusammenschlüsse lag im vergangenen Jahr bei 448 und damit um 41% über der entsprechenden Zahl 1974. Die Umsätze der allergrößten westdeutschen Konzerne haben inzwischen unvorstellbare Ausmaße angenommen. Im Vergleich dazu wirkt der IG-Farben-Konzern (mächtiger Chemiegigant der Nazi-Zeit) als ein Zwerg: IG-Farben erzielte im ersten Jahr nach der Konzern-Gründung 1 Milliarde Reichsmark Umsatz, bei Kriegsausbruch 2 Milliarden. Heute kommen die Nachfolgekonzerne von IG-Farben auf das Zehnfache: Hoechst 20,7 Milliarden, BASF über 20 Milliarden, und Bayer 17,7 Milliarden, was zusammen über 48 Milliarden ergibt. In den letzten Jahren kam es zu den bedeutendsten Konzentrationsfällen der deutschen Wirtschaftsgeschichte: Veba und Gelsenberg schlossen sich 1975 zusammen, Thyssen und Rheinstal hatten ihre Fusion bereits ein Jahr zuvor vorgenommen.

Die 10 größten Unternehmen sind Veba, Thyssen, Hoechst, Daimler, BASF, Siemens, VW, Bayer, Mannesmann und AEG Telefunken. Zusammengerechnet würden diese 10 einen Gesamtumsatz von über 188 Milliarden erreichen - wesentlich mehr als der Bundeshaushalt 1975, der "nur" ganze 153,95 Milliarden ausgemacht hatte. Bereits die 8 größten würden schon den Bundeshaushalt übertreffen. Die 100 größten Konzerne würden auf einen Gesamtumsatz von 474 Milliarden kommen, also mehr als dreimal so viel wie der Bundeshaushalt, und etwa die Hälfte des gesamten Bruttosozialprodukts. Die größten BRD-Konzerne haben bereits solche Umsatzgrößen erreicht, daß sie in der Skala der amerikanischen Konzerne gleich hinter ITT auf Platz 11 bis 20 anzusiedeln wären.



„Diese ewige Bettelei! Mein Partner hat doch schon gegeben!“

Der Bund gab 1975 für Bildung und Forschung 8,5 Milliarden aus. Bayer hatte über doppelt so viel Umsatz. Der Vergleich mit 1959, dem Jahr des Godesberger Programms, zeigt, wie der Konzentrationsprozeß gewesen ist: Damals gab es 24 Unternehmen mit einem Umsatz von über eine Milliarde, heute

gibt es 105 mit mehr als eine Milliarde, und sogar 17 Firmen mit über 10 Milliarden. Siemens war mit ganzen 3,6 Milliarden der größte der Großen. Heute kommen die 5 größten bereits über 20 Milliarden. Viele Firmen hatten auch im vergangenen Jahr gleichzeitig eine Steigerung ihres Umsatzes und einen Abbau von Personal zu verzeichnen. Bei AEG-Telefunken erhöhte sich der Umsatz von 11,9 auf 12,7 Milliarden (ca. 7%), während die Belegschaft von 170 400 auf 162 100 (ca. 5%) zurückging. Bei Bosch war es ähnlich: Der Umsatz steigerte sich von 7,07 auf 7,28 Milliarden, während die Zahl der Beschäftigten von 115 200 auf 105 600 zurückging. So spürten die betroffenen Arbeiter und Angestellten auf ihre Weise, was der "Ruhm" bedeutet, für einen der 100 größten Industrieunternehmen gearbeitet zu haben. INSGESAMT ENTLIESSEN IM JAHR 1975 10 DIESER 100 FIRMAN 10 PROZENT ODER MEHR VON IHRER BELEGESCHAFT. Für die Zukunft ist mit einer weiteren Zunahme der Unternehmenskonzentration zu rechnen. Die alte Marx'sche Erkenntnis, daß sich das Kapital immer mehr konzentriert, bewahrheitet sich damit voll und ganz.

PROFITSTEIGERUNG

Noch weniger Familien, Großbanken und Großaktionäre werden noch mehr Produktionsmittel besitzen. Die vor einigen Jahren noch gültige Zahl, daß 1,7% der Bevölkerung 74% der Produktionsanlagen besitzen, wird dadurch noch weiter übertroffen werden. Schon wurden weitere Mammut-Fusionen gemeldet: Die Übernahme der Maxhütte aus den Händen der Flicks durch Klöckner, die Übernahme Neckermanns durch Karstadt, die Einverleibung Osrams in den Siemens-Konzern. Zahlreiche kleineren Unternehmen werden von den großen geschluckt werden.

Und da haben die Herren von Großkapital und CDU/CSU noch die Frechheit, von "Unternehmerrisiko" und "Freier und sozialer Marktwirtschaft" zu sprechen. Tatsache ist jedoch auch, daß im ersten Halbjahr 1976 die Unternehmereinkommen um 20% gestiegen sind, die Einkommen der Lohnabhängigen jedoch um ganze 6,3%, die ohnehin angesichts des Kaufkraftverlustes in den meisten Fällen den Reallohn nicht halten. So sieht der vielbeschworene Aufschwung aus. In Wirklichkeit findet er nur in den Taschen der Unternehmer statt.

GEMEINEIGENTUM

Das Grundsatzprogramm unserer Partei sagt im Abschnitt "Eigentum und Macht": "Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig."

Was das Programm schon damals sagte, ist heute dringlicher denn je. Niemand kann heute von einer "gesunden" Wirtschaftsordnung mehr reden. In der Tat ist die Zeit schon längst herangebrochen, wo Gemeineigentum NICHT NUR "ZWECKMÄSSIG", SONDERN ABSOLUT NOTWENDIG IST. Wenn unsere Parteiführung ihr eigenes Grundsatzprogramm ernstnehmen will, dann muß sie jetzt auch in diesem Sinne eine Kampagne starten und ihre Mitglieder und Anhängerschaft mobilisieren:

- Für die Übernahme der 100 größten Konzerne, der Großbanken und Versicherungsgesellschaften in Gemeineigentum
- Für demokratische Arbeiterkontrolle der Industrie
- Für eine Zusammensetzung der Aufsichtsräte der verstaatlichten Firmen aus je einem Drittel Vertretern der Belegschaft, des DGB und des Staates
- Für eine demokratisch geplante Wirtschaftsordnung!

Jugend ohne Zukunft

Mit Beginn des Ausbildungsjahres 1976 begann für viele Schulabgänger eine lange und oftmals erfolglose Suche nach einem Ausbildungsplatz. Es zeichnet sich eine Entwicklung ab, deren Ende nicht absehbar ist und die im Kapitalismus (angebliche "freie Marktwirtschaft") zu den schlimmsten Auswüchsen führen wird.

WAS NUN ?

In den letzten Jahren wurden immer höhere Anforderungen an die Lehrstellensuchenden gestellt. Lehrberufe, die noch vor zwei oder drei Jahren hauptsächlich von Hauptschülern eingenommen wurden, werden heute von Realschülern besetzt, und deren Plätze wiederum von Gymnasiasten. Dies heißt allerdings nicht, daß diese Berufe ein höheres Ausbildungsziel bekommen haben, sondern nur, daß sich hier der "Numerus Clausus" auswirkt. Durch lange Wartezeiten auf einen Studienplatz gehen die Abiturienten zum Teil in einen Ausbildungsberuf mit einer mehrjährigen Lehrzeit. Das Ergebnis ist, daß Jugendliche mit schlechtem oder mit gar keinem Hauptschulabschluss auf der Straße sitzen. Sie werden zu Gelegenheitsarbeitern und billigen Arbeitskräften. So gehen sie einem Leben ohne gesicherte Existenz entgegen. Der Weg zum Berufsberater ist dem Jugendlichen ein Greuel. Er merkt schon bald, daß die Arbeitsvermittlung seinen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten nicht gerecht wird. Die Berufsberatung ist eine Institution zur Verteilung der von der Wirtschaft angebotenen Lehrstellen im Interesse der Unternehmer.

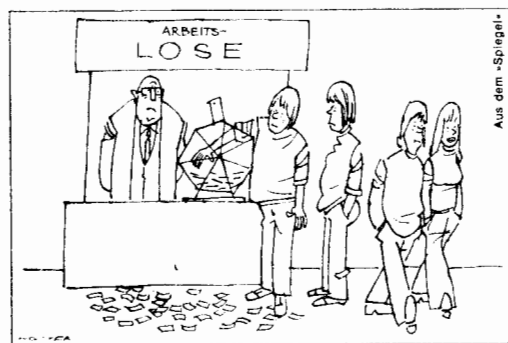


kommt, daß in einem großen Teil der auszubildenden Betriebe Lehrstellen abgebaut werden. Meistens wird von den

Unternehmern als Grund angegeben, daß in ein paar Jahren nicht mehr so viele qualifizierte Facharbeiter gebraucht werden.

AUSBILDUNG

Bei einer weiteren Rationalisierung und einer zunehmenden Anwendung modernster Technik werden zweifellos immer weniger qualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden. Im Kapitalismus kann dies nur heißen, daß nur so viele eine qualifizierte Ausbildung erhalten, wie später benötigt werden.



Auch sind die Unternehmer heute schneller mit einem Rauswurf zur Hand, um die Auszubildenden einzuschüchtern und sie ihrem Profitstreben noch besser anzupassen. Für die Unternehmer ist die Entlassung eines Auszubildenden sicherlich kein Verlust, denn es warten ja nach viele andere. Während der Ausbildung wird wieder mehr produziert. Zunehmend sieht man, wie die Auszubildenden am Fließband stehen, Massenartikel herstellen, oder zum Putzen herangezogen werden.

Ein weiterer Punkt, der zu den hohen Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit führt, ist der, daß viele Betriebe die Jugendlichen nach Beendigung ihrer Lehre nicht in ein Arbeitsverhältnis übernehmen. Nach einer dreijährigen Lehre und einer bestandenen Facharbeiterprüfung oder Gesellenprüfung stehen sie vor verschlossenen Werkstören.

Die Bosse behaupten immer, daß die gestellten Anforderungen im Jugendarbeiterschutzgesetz ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit sei. Aber was ist dies dann für ein System, wo die elementarsten Voraussetzungen zum Schutz der arbeitenden Jugend nicht erfüllt werden können?

Die Zahl derer, die ohne Ausbildungsplatz bleiben, war zwar in den letzten Monaten etwas rückläufig - nach offiziellen Angaben jedenfalls. Doch diese Entwicklung ist nur kurzfristig. In den Jahren 1977-82 werden die geburtenstarken Jahrgänge aus den Schulen entlassen. Eine schlagartige Erhöhung der Zahl der Jugendarbeitslosen wird die Folge sein. Weitere tiefe Rezessionen und Welthandelskrisen können außerdem diese Zahl noch weiter beträchtlich in die Höhe treiben.

Bereits in der letzten Rezession waren junge Leute unter 20 Jahren, gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen, prozentual am härtesten betroffen. So wurde zu Beginn der Krise 1974 offiziell von einer Jugendarbeitslosigkeit von 130 000 gesprochen. Ausgenommen sind hier diejenigen, die noch nie in einem Ausbildungsverhältnis oder einer anderen Beschäftigung tätig waren. So schätzten die Gewerkschaften bereits Ende 1974 die wirkliche Zahl der Jugendlichen ohne Arbeit auf ca. 200 000.

Besonders betroffen sind weibliche Schulabgänger. Ihr Anteil an der Zahl



der Arbeitslosen beträgt zur Zeit 56 Prozent. Auch der Anteil der ausländischen Jugendlichen ist überdurchschnittlich hoch.

ERPRESSUNG

Vor 2 Jahren schrieben die Arbeitgeberverbände an den Bundeskanzler, daß sie gerne 40 000 zusätzliche Lehrstellen bereitstellen würden, sobald die Regierung die Pläne zur Reform der beruflichen Bildung fallenlasse. Inzwischen nach langem Hin und Her ist von dieser Reform nicht mehr viel übriggeblieben, aber immer noch sträuben sich die Unternehmer gegen jede, noch so kleine Verbesserung für die Jugend.

Nun stellt sich die Frage, was wir gegen diese Entwicklung tun können? Es waren schon viele verschiedene Programme und Forderungen zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit im Gespräch, aber sie alle lassen eine Frage offen: Wie soll man den Unternehmern vorschreiben, wie viele Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen sind? Wer kann nachprüfen, ob die Kapazitäten im Betrieb zur Ausbildung ausgenutzt werden oder nicht? Wird sich überhaupt etwas ändern, solange die Unternehmer die gesamte Ausbildung in der Hand haben?

Auch die Einführung des 10. Schuljahres führt zu keiner echten Lösung. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit kann dadurch nicht beseitigt werden. Auch ein höheres Bildungsniveau für viele schafft noch keine neuen Lehrstellen.

Das Berufsaufbaujahr für Schulabgänger ohne oder mit schlechtem Abschluß, hat sich nicht bewährt. Von einem Lehrgang, der in diesem Jahr abgeschlossen wurde, bekamen von 20 nach längerer Suche nur ganze 4 eine Lehrstelle. Die Jugendarbeitslosigkeit kann im kapitalistischen System nie grundsätzlich abgeschafft werden. Immer wieder wird das Ausbildungssystem von den Krisen, die die Welt in immer kürzeren Abständen erschüttern werden, mit am stärksten betroffen sein. Die Kapitalisten werden immer, wenn eine neue Rezession kommt, die am wenigsten produktiven Zweige in ihrem Werk abschneiden. Das sind dann meistens die Lehrabteilungen. Somit sieht man, daß die Ausbildung von der Wirtschaftsordnung direkt abhängt. Unsere Forderungen müssen dahin gehen, daß dieses System, welches unfähig ist, die Misere zu lösen, durch ein anderes zu ersetzen ist. Die einzige Garantie, um jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz sicherzustellen, ist die Verstaatlichung der Industrie. Erst wenn die Betriebe in Staatshand sind, wenn die Arbeiter und ihre Gewerkschaften die Produktion und Ausbildung kontrollieren, wenn die Wirtschaft demokratisch geplant und gelenkt wird, erst dann kann jeder Jugendliche wieder zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Helmut Kipper

VORAN will mit diesem Beitrag eine Serie von Artikeln zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einleiten. Wir halten es für wichtig, daß alle Sozialisten sich mit der Vergangenheit befassen, denn gerade die deutsche Geschichte ist reich an Erfahrungen und Lehren, deren genaue Kenntnis die Grundlage für sozialistische Politik in den nächsten Jahren sein muß.

Industrialisierung

Um die Jahrhundertwende (1800) begannen in Deutschland starke Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Durch die ersten Anfänge einer industriellen Produktion wurde die alte Gesellschaft von Bauern, Handwerkern und Adel immer mehr um eine neue Klasse, das "industrielle Proletariat" bereichert. Durch die Stein-Hardenbergschen Reformen (1807) mit denen die Bauer aus der Erbuntertänigkeit entlassen wurden und die Gewerbefreiheit eingeführt wurde, durch die Gründung des deutschen Zollvereins (1834), durch die Bevölkerungsexplosion (von 1800 - 1850 von 24 Mill. auf 35,4 Mill. = 42 %) und durch die Eisenbahn wurden die Voraussetzungen für eine starke Industrialisierung geschaffen. Die Stein-Hardenbergsche Reform erzeugte ein ländliches Proletariat, von dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein großer Teil in die Industriegebiete zog und dort in der Klasse der Arbeiter aufging. Denn gegenüber dem ländlichen und handwerklichen Proletariat galten die Fabrikarbeiter in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts als begünstigte Schicht, was sich aber sehr bald ändern sollte. Denn mit der Vergrößerung des Industriesystems zeigten sich dessen krasse soziale Widersprüche.

Die Lohnarbeiter mußten ihre Arbeitskraft den Kapitalisten verkaufen, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu erwerben. Ihre Existenz wurde von Verhältnissen abhängig, auf die sie keinen Einfluß hatten; sie mußten die von den Arbeitgebern diktierten Lohn- und Arbeitsbedingungen akzeptieren, ihre Arbeitsplätze waren durch den Überfluß an Arbeitskräften dauernd gefährdet. Die Mechanisierung der Arbeit befreite den Unternehmer davon, eine größere Zahl von Arbeitern mit langer fachlicher Ausbildung zu beschäftigen. Nun konnte er auch mit einem kleinen Stamm von qualifizierten Arbeitern und vielen ungelerneten Arbeitskräften produzieren.



Dadurch entstand ein Überangebot arbeitsloser Proletarier, der als "industrielle Reservearmee" auf die Löhne drückte und es den Kapitalisten erlaubte, auch die übrigen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dies führte in der ersten Periode des industriellen Kapitalismus zur ungehemmten Ausbeutung der Arbeiter, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und zu allgemeinem Elend des Proletariats.

Das zeigt sich besonders an der Erhöhung der Arbeitszeit. Um 1800 betrug die Arbeitszeit 12 Stunden und steigerte sich in den folgenden Jahrzehnten bis auf 17 Stunden täglich. (Mit der Ausnahme des Sonntags, der der Erholung und dem Kirchgang vorbehalten war) Primitivität und Brutalität zeigen sich am schärfsten, wenn man die Lage der Frauen und Kinder betrachtet.

Friedrich Engels berichtet, daß in Elberfeld von 2500 Kindern im Schulalter 1200 in den Fabriken für die Hälfte des Lohnes eines Erwachsenen arbeiten mußten.

DEUTSCHE ARBEITER BEWEGUNG

Kinderarbeit

Einige Kinder arbeiteten schon mit 3 Jahren, doch üblicher Weise begannen Kinder erst (!) mit 9 Jahren mit der Fabrikarbeit. Dies ebensolang wie Erwachsene, also um 1840 meist 16 Stunden und das in staubigen, engen und lauten Fabrihallen oder Bergwerken. Kurz gesagt, unter katastrophalen Arbeitsbedingungen. Diesen katastrophalen sozialen Verhältnissen entsprach auch die politische Ordnung.

Der Zusammenschluß von Arbeitern war in Preußen, wo es von 1849 bis 1918 das Dreiklassenwahlrecht gab, 1845 durch die allgemeine Gewerbeordnung verboten worden. Auch nach der kurzen freiheitlichen Periode der Revolutionzeit 1848/49 wurden Arbeitervereinigungen wieder verboten und verfolgt.

Die sozialen und politischen Verhältnisse und Rechte Arbeiter standen in schroffen Gegensatz zu den Idealen des Frühliberalismus, der das Frühkapitalistische System ideologisch begründete und rechtfertigte. Der Liberalismus ging von der Überzeugung aus, daß der Welt unveränderliche, natürliche Gesetze innewohnen, deren Beobachtung sowohl dem einzelnen als auch der Gesellschaft ein Höchstmaß wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit bringen würde.

Die Vorstellung des Liberalismus, die vom Egoismus des einzelnen in Gesetzete Konkurrenz würde automatisch das Wohl der gesamten Gesellschaft darstellen, erwies sich aber in der Praxis als Illusion.

Liberalismus

In der Politik proklamierte der Liberalismus die Ideen von Freiheit und der Gleichheit aller Menschen.

Um 1850 wurde es durch die Rationalisierung möglich, in großer Zahl Frauen und Kinder in den Arbeitsprozeß einzureihen. Bald standen Tausende von Frauen und Kindern an den Webstühlen der Spinnereien, arbeiteten sogar in den Schächten der Bergwerke (Schon in den Erz- und Silberbergwerken der Fugger war übrigens Kinderarbeit üblich, weil sie billiger war.).

Der vermehrte Einsatz von Maschinen in Verbindung mit der Nutzung der billigsten Arbeitskräfte machte die neuen kapitalistischen Produktionsstätten rasch den handwerklichen Betrieben überlegen, die sich ausbreitende Industrie ruinierte so die Kleinbetriebe (wie heute die Großkonzerne kleinere Betriebe schlucken oder abhängig machen) und vermehrte dadurch selber das Arbeitsangebot.

Heute haben wir wieder das gleiche Problem: durch Automation, Rationalisierung und Computertechnik fallen immer mehr Arbeitsplätze weg oder können von weniger qualifizierten Arbeitskräften durchgeführt werden (z.B. im gesamten kaufmännischen Bereich oder in der Druckindustrie. Schaut man einmal in die Websäle der Textilindustrie oder in eine moderne Walzstraße, so sieht man kaum noch Menschen.).

Doch wie sah damals die Wahrheit aus? Den Arbeitern wurden die vom Liberalismus proklamierten Freiheiten vorenthalten. Von den Wahlen ausgeschlossen, ohne Koalitions- und Streikrecht blieben sie ohne Einfluß auf das Staats- und Gesellschaftssystem. Die durch die liberale Ideologie proklamierten Rechte gelten nur für die neue aufkommende herrschende Klasse. Die Interessen des monarchistischen Obrigkeitstaates und des liberalen kapitalistischen Unternehmertums verein-

Reinhold Zielke
Mitglied im Vorstand
des SPD-ÖV Remscheid-Süd,
und der IG-Metall

igen sich trotz gegensätzlicher Ideologien in einem Entscheidenden Punkt: Adel und Militär wollten der Arbeiterklasse die staatsbürgerliche Gleichberechtigung nicht zugestehen, weil sie durch sie die Gefahr der demokratischen Revolution heraufkommen sahen, das Bürgertum aber fürchtete die soziale Revolution.

Freiheit ?

Zahlreiche Beispiele aus der Geschichte haben bestätigt, daß die Kapitalisten die bürgerliche, parlamentarische Demokratie mit gewissen Freiheiten und Rechten nur so lange dulden, wie diese Rechte von den Arbeitern nicht ausgenutzt werden, um sich volle Freiheiten zu erkämpfen, die die Macht der Kapitalisten in Frage stellen würden.

Sobald sie jedoch ihre Macht in Gefahr sehen, wenden sie sich von der demokratischen Fassade ab und greifen zu härteren Mitteln, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Marxismus

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und des Widerspruchs zwischen Bourgeoisie (Klasse der Kapitalisten) und Proletariat (Klasse der besitzlosen Arbeiter) bedingte die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus. In Deutschland



beauftragte der "Bund der Kommunisten" Karl Marx und Friedrich Engels, ein allgemein verständliches Programm zu verfassen, das dann schließlich Ende 1847 als "Manifest der Kommunistischen Partei" veröffentlicht wurde und in seinen Grundausagen und seiner Methode heute so aktuell ist wie damals. Im Manifest beschreiben Marx und Engels wie die Bourgeoisie eine höchst revolutionäre Rolle spielte, indem sie die Produktionsweise revolutionierte, die Industrie aufbaute, das Land der Stadt unterwarf, einen Weltmarkt entwickelte und damit Länder und Kontinente zusammenfasste und erschloß. Gleichzeitig verglichen sie die Bourgeoisie mit einem Hexenmeister, der die Geister, die er rief, nicht mehr loswerden kann, dessen Waffen sich schließlich die Bourgeoisie nämlich gleichzeitig Handelskrisen, Überproduktion und Vernichtung. Mit dem Proletariat schafft sie sich ihre eigenen Totengräber.

Das Proletariat wird durch die industrielle Entwicklung vermehrt, in den Städten zusammengedrängt und gestärkt, es benutzt die modernen Kommunikationsmittel, um sich zu organisieren. Die Verfasser schildern die verschiedenen Entwicklungsstufen, die das Proletariat durchmacht, zunächst über Maschinenstürmertum, Einzelkämpfe bis hin zur notwendigen Verbindung der vielen Lohnkämpfe, zur Verallgemeinerung in einen nationalen und internationalen Klassenkampf, der zum Ziel hat "eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

Auf die Rolle der Kommunisten (heute wäre der Begriff "Marxisten" besser) eingehend haben Marx und Engels hervor, daß sie immer die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des Proletariats zur Geltung bringen und der entscheidendsten, immer weitertreibenden Teil der Arbeiterparteien sein sollen.

LESERFORUM

WERTE GENOSSEN VON VORAN !

Die VORAN-Extraausgabe zum Bundestagswahlkampf war Anlaß zu einer Diskussion in unserer Juso-AG. Da die Probleme, die wir angesprochen haben, auch woanders von Interesse sind, möchte ich kurz darüber berichten und dabei vor allen Dingen die Kritik in den Vordergrund stellen. Ohne Zweifel ist der Wahlauf-ruf zugunsten der SPD verbunden mit der Forderung nach einem Sozialistischen Programm zur Überwindung und Verhinderung von kapitalistischen Krisen die einzig richtige Entscheidung und Möglichkeit.

Die sozialdemokratischen Politiker, die an den Schaltstellen in der SPD beziehungsweise in der Bundesregierung sitzen, waren nicht in der Lage, die kapitalistische Krise zu lösen. Dies hat in vielen Fällen zu mehr oder weniger bewußtem Protest der Arbeiterklasse geführt. Es ist der Verdienst der VORAN, die einzig gangbare Möglichkeit aufgezeigt zu haben, die angesprochenen Probleme grundsätzlich zu beseitigen. Doch die Kritik an der Wirtschaftskrise richtet sich bei der VORAN hauptsächlich gegen die Unternehmer und ihre direkten Vertreter in den Parlamenten - die CSU/CDU. Daß die SPD-geführte Bundesregierung sich weit mehr um das leibliche Wohl der Kapitalisten kümmert als um das der Arbeiter, bleibt leider in der Extra-Ausgabe ziemlich unerwähnt. So erlebte man zu Zeiten einer sozialliberalen Bundesregierung ein Arbeitslosenheer von zeitweise über eine Million. Weiterhin gab es eine Investitionzulage, in deren Folge Arbeiter durch neue Maschinen für immer verdrängt wurden. Die Erreichung der Vollbeschäftigung hält Helmut Schmidt ähnlich wie seine Bundestagskollegen aus den Reihen der Opposition nur bei einer Steigerung der Unternehmergewinne für möglich. Die Arbeiter haben in den letzten Jahren genau die gegenteilige Erfahrung machen müssen. Ein anderes Beispiel, das auch in der VORAN-allerdings verkürzt - angesprochen wird: Die Regierung hat laut Gesetz die Möglichkeit, Firmenzusammenschlüsse zu unterbinden, wenn diese dann "marktbeherrschend" sind. Die Regierung hat allerdings davon keinen Gebrauch gemacht, obwohl sie wissen muß, daß Firmenzusammenschlüsse den gesamten Arbeitsprozeß effektiver und somit wiederum "Arbeitskräfte freigesetzt werden". Obwohl die Krise der arbeitenden Bevölkerung zu schaffen machte, erließ die Regierung "Lohnleitlinien", an die sich die Gewerkschaften gefälligst zu halten hätten und gehalten haben. Im Außenhandel verhinderte die Schmidt-Regierung nicht den wirtschaftlichen Handel mit rechtsdiktatorischen Regimen wie Chile, Brasilien, Spanien, Süd-Afrika, Iran usw. usw., obgleich viele Menschen in der BRD, vor allem Gewerkschafter und fortschrittliche Sozialdemokraten, dies verlangten.

Die Beispiele ließen sich noch seitenlang fortsetzen. Sie machen deutlich, daß Helmut Schmidt nicht nur auf die FDP hört (wie die Karikatur auf der Innenseite klarmachen soll), sondern durchaus aus eigenem Antrieb diese Politik verfolgt.

Um es noch einmal klarzustellen, die Hauptangriffe müssen sich natürlich gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion als Hauptgegner der Arbeiterklasse richten. Doch unser Ziel, eine marxistische Linke in der SPD aufzubauen, sollte dabei nicht vergessen werden. Und dies erreichen wir nur, wenn die fehlerhafte und in hohem Maße arbeiterfeindliche Politik der jetzigen SPD-Führungsspitze aufgezeigt und kritisiert wird.

Hubert Batsch
Arolsen